

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Heinz Brahm

Die sowjetischen Dissidenten

Winrich Kühne

Grundtendenzen  
der sowjetischen Außenpolitik  
im südlichen Afrika

ISSN 0479-611 X

B 46/78

18. November 1978

Heinz Brahm, Dr. phil., geb. 1935 in Viersen; Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Trotzkijs Kampf um die Nachfolge Lenins, Köln 1964; Peking's Griff nach der Vormacht, Köln 1966; Der Kreml und die ČSSR 1968—1969, Stuttgart 1970; (Hrsg.), Opposition in der Sowjetunion, Düsseldorf 1972; Der sowjetisch-chinesische Konflikt, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Außenpolitik, Bd. 2, Köln—Wien 1976.

Winrich Kühne, Dr. jur., geb. 1944 in Groß Lüsewitz/Mecklenburg; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen bei München.

Veröffentlichungen u. a.: Das Völkerrecht und die militärische Nutzung des Meeresbodens, Leiden 1975; Zur Verbindlichkeit, Auslegung und Anwendung der Schlußakte von Helsinki — Einige rechtssoziologische Überlegungen, in: Die Friedenswarte 59 (1976); Die sowjetische Außenpolitik im südlichen Afrika — eine Bedrohung für den Westen?, in: Polarität und Interdependenz — Beiträge zu Fragen der internationalen Politik (Band 1 der Reihe Internationale Politik und Sicherheit, hrsg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen), Baden-Baden 1978.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:  
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,  
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unter-  
richtung und Urteilsbildung.

# Die sowjetischen Dissidenten

## I. Opposition ist unerwünscht

Opposition und Dissens hat es in der Sowjetunion immer gegeben. Ende der zwanziger Jahre verschwanden zwar die oppositionellen Strömungen im Untergrund, wurden aber immer wieder stellen- oder sogar streckenweise sichtbar, bis zum heutigen Tag.

Kritik wird auch in den Demokratien von den Attackierten wenig geschätzt, und zwar um so weniger, je berechtigter und massiver sie ist. Was die KPdSU jedoch von demokratischen Parteien unterscheidet, ist die Zwangsvorstellung von der größtmöglichen Einmütigkeit in ihren Reihen und im ganzen Land. Das findet seine Erklärung zunächst und vor allem in der anspruchsvollen Ideologie der Kommunisten, die von der Zwangsläufigkeit der historischen Entwicklung zum kommunistischen Endstadium ausgeht. Das Programm einer demokratischen Partei, die jederzeit die Macht verlieren kann, bleibt relativ. Das Programm der sowjetischen Kommunisten ist absolut.

Die KPdSU gibt vor, als einzige politische Kraft im Land die kürzeste und effektivste Route zu dem vorgegebenen Ziel zu kennen. Nach ihren Vorstellungen sollten Führer und Geführte in geschlossenen Formationen und in wachsendem Gleichklang dem Kommunismus entgegenmarschieren. Die sowjetischen Führer sind geradezu stolz darauf, sich bereits im äußeren Erscheinungsbild vorteilhaft von den Parteien der demokratischen Staatenwelt abzuheben, die in ihren Augen teils korrupte Interessengruppen, teils marodierende Haufen zu sein scheinen<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> So erklärte Brežnev auf dem XXV. Kongreß der KPdSU: „Die ideologisch-politische Krise der bürgerlichen Gesellschaft hat zugenommen. Sie erfährt die Machtorgane, die bürgerlichen politischen Parteien und erschüttert die elementaren sittlichen Normen.“ In: Pravda, 25. 2. 1976. Ein anderes Mal sagte Brežnev: „Die skandalösen Enthüllungen über dunkle politische Machenschaften höchstgestellter Persönlichkeiten, über ihre Käuflichkeit, ihren Amtsmissbrauch und ihre groben Gesetzesverstöße schlagen wie Bomben bald in dem einen, bald in einem anderen Land ein und führen die Demoralisierung der herrschenden Klasse vor Augen.“ In: Pravda, 2. 11. 1977.

Im Unterbewußtsein aber dürften sich die sowjetischen Politiker ihrer Bevölkerung kaum sicher sein. Wären die Bolschewiki 1917 aus den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung als stärkste Partei hervorgegangen, hätten sie souveräner auftreten und sich eher den Luxus freier Wahlen leisten können. Sie erhielten jedoch nur ein Viertel aller abgegebenen Stimmen<sup>2)</sup>.

Auch später mußten die sowjetischen Politiker noch mehrfach erfahren, daß ihre Politik nicht nur Zustimmung fand. Es ist bekannt, daß

### INHALT

- I. Opposition ist unerwünscht
- II. Der lange Marsch der Dissidenten durch Gerichte, Lager und Anstalten
- III. Die Differenzierung unter den Dissidenten
- IV. Roj Medwedjew und die Reformkommunisten
- V. Die Sozialisten
- VI. Die Liberalen
- VII. Solschenizyn und die Christlich-Nationalen
- VIII. Die Dissidenten auf dem Rückzug

Stalin weder seinem Volk noch seiner Partei noch seinen engsten Mitarbeitern über den Weg traute. Der großen Säuberung in den dreißiger Jahren lag geradezu der Verdacht zugrunde, daß sich die verschiedensten Gruppierungen gegen die Parteiführung verschworen hätten. Natürlich entsprangen diese Befürchtungen dem kranken Hirn Stalins, aber sie zeugten auch davon, wie wenig sich die Parteiführung mit der Bevölkerung einig wußte.

<sup>2)</sup> Es fehlt nicht an Versuchen, den Stimmenanteil der Bolschewiki in einem günstigeren Licht zu sehen. „Die Wahl [zur Konstituante] blieb eine Momentaufnahme ohne Konsistenz“, schreibt D. Geyer, Die russische Revolution, Göttingen 1977<sup>2</sup>, S. 112.

Bis zum heutigen Tag wird die Fiktion der Interessengleichheit zwischen Partei und Bevölkerung aufrechterhalten. Bei den Wahlen zum Unionssowjet im Juni 1974 sollen beispielsweise 99,79 Prozent aller Wähler für den „Block der Kommunisten und Parteilosen“ gestimmt haben. Ein solches Resultat ist weniger ein Beweis der allgemeinen Zufriedenheit mit der politischen Führung als vielmehr ein Hinweis auf den hohen Grad der Zustimmung,

den die KPdSU glaubt nötig zu haben, um ihren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Es wäre allerdings auch vermessen, wollte man in der Sowjetunion eine breite oppositionelle Unterströmung vermuten. Die Unzufriedenheit mit vielen Erscheinungen des sowjetischen Alltags ist sicher groß, der Hang und noch mehr der Zwang zum Konformismus sind größer.

## II. Der lange Marsch der Dissidenten durch Gerichte, Lager und Anstalten

Ausgangspunkt der sowjetischen Gegenwart ist der Stalinismus. Gleichgültig, ob man in der Kunst neue Wege gehen wollte, ob man das Rahmenwerk von Partei und Staat modernisieren wollte, immer war man mit den vom Stalinismus gesetzten Normen konfrontiert.

Die Sowjetunion in ihrer heutigen Uniformität ist mehr durch den Despotismus Stalins als durch die Autorität Lenins geprägt worden. Es war auch nicht der Tod Stalins, sondern die Anti-Stalin-Rede Chruschtschows von 1956, die allmählich den Bann löste, der lähmend über der Sowjetunion und dem Weltkommunismus gelegen hatte. Und auch jetzt wagten nur wenige sensible oder zum Nonkonformismus prädisponierte Geister, gegen den Strom zu schwimmen. Selbst die Kommunisten Italiens und Frankreichs, die sich in einer erheblich günstigeren Lage befanden als die Sowjetbürger, brauchten viele Jahre, um sich aus der stalinistischen Prägeform zu lösen. Ob diese Emanzipation heute, ein Vierteljahrhundert nach Stalins Tod, voll gelungen ist, kann sogar noch bezweifelt werden.

In der nachstalinistischen Periode der Sowjetunion rührten sich zwischen 1956 und 1964 die ersten Nonkonformisten. Man hat diese frühe Welle kritischen Denkens eine „Kulturopposition“<sup>3)</sup> oder eine „politische Gegenkultur“<sup>4)</sup> genannt. Nach den polnischen Unruhen und der ungarischen Revolte im Jahr 1956 sollen allein in Leningrad 2 000 Studenten gemäßregelt worden sein<sup>5)</sup>. In dieser frühen Phase des Nonkonformismus bildeten sich die ersten Zirkel von Gesinnungsgenossen, wurden die ersten Untergrundzeitschriften herausgebracht. 1957 erschien in Italien der Roman „Doktor Schiwago“ von B. Pasternak; 1962 konnte sogar A. Solschenizyns Novelle

„Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“ die Zensur passieren.

Chruschtschow hatte in der ihm eigenen Impulsivität den Stalin-Mythos zerstört und damit in der kritischen Intelligenz die Hoffnung auf Freiheit geweckt. Zum Schluß seiner Herrschaft allerdings wurde versucht, das Rad, das er in Bewegung gesetzt hatte, wieder anzuhalten oder sogar zurückzudrehen. Nach dem Sturz Chruschtschows schließlich wurden einige der Reformversuche zurückgenommen. Ein neues Kapitel oppositionellen Denkens begann<sup>6)</sup>. Binnen kurzem traten in der Sowjetunion Reformkommunisten, Nonkonformisten und Regimekritiker auf. Sie verbreiteten ihre Ansichten im „Samizdat“<sup>7)</sup>, wandten sich an die westliche Welt und kritisierten die KPdSU mit erstaunlicher Couragiertheit.

Ein Novum für die jüngere Sowjetgeschichte war es, daß sich diese Oppositionellen, die man im Deutschen nach anglo-amerikanischem Vorbild (dissenter, dissident) meistens als Dissidenten bezeichnet, in aller Offenheit zu ihrer Kritik bekannten. Das hatte es seit Ende der zwanziger Jahre in der Sowjetunion nicht mehr gegeben. Von Bedeutung sollte weiter sein, daß zum Kreis oder doch zum Umfeld der Dissidenten Intellektuelle und Künstler von Niveau gehörten.

Es wäre sicher zu einseitig, wollte man in Chruschtschow den Eisbrecher und in Bresh-

<sup>3)</sup> Aus der reichen Literatur über die sowjetischen Dissidenten sollen nur einige Bücher vorgestellt werden. C. Gerstenmaier, Die Stimme der Stummen. Die Demokratische Bewegung in der Sowjetunion, Stuttgart 1971; B. Lewytzkyi, Politische Opposition in der Sowjetunion 1960—1972, München 1972; H. Brahm (Hg.), Opposition in der Sowjetunion, Düsseldorf 1972; R. Tökes (Hg.), Dissent in the USSR. Politics, ideology, and people, Baltimore 1975; F. J. M. Feldbrugge, Samizdat and Political Dissent in the Soviet Union, Leyden 1975.

<sup>7)</sup> Samizdat bedeutet „Selbstverlag“. Mit diesem Begriff bezeichnet man die Literatur der Nonkonformisten und Dissidenten, die meistens als Durchschläge oder Fotokopien verbreitet wird.

<sup>3)</sup> A. Amalrik, Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?, Zürich 1970, S. 9 ff.

<sup>4)</sup> H. Morton und R. Tökes (Hg.), Soviet Politics and Society in the 1970's, New York 1974, S. 11.

<sup>5)</sup> Ebd., S. 12.

new sowie Kosygin Kräfte einer neostalinistischen Restauration sehen. Ginzburg und Galanskow waren schon unter Chruschtschow in Lager geschickt, Grigorenko und Bukowskij in psychiatrische Anstalten eingewiesen worden. Unter Chruschtschow schließlich sind die Gläubigen härter bedrängt worden als unter seinem Nachfolger.

Im literarischen Bereich und im Rechtswesen allerdings verschlechterte sich die Situation nach 1964 eindeutig. Dennoch ist es eine Tatsache, daß die Dissidenten erst unter Breschnew einen größeren Bewegungsraum erringen konnten. Die Erben Chruschtschows hatten natürlich keine Sympathie für die ungebetenen Kritiker von unten. Wenn sie den Oppositionellen nicht sofort das Handwerk legten, dann nicht, weil sie liberaler oder nachsichtiger waren, sondern weil sie unentschlossen, vielleicht sogar untereinander uneins waren.

Unmittelbarer Anlaß für die Entstehung des Dissidententums im russischsprachigen Teil der UdSSR war die Verhaftung von Sinjawschik und Daniel im September 1965. Den beiden Schriftstellern wurde vorgeworfen, ihre Schriften unter Decknamen im westlichen Ausland publiziert zu haben. Am 5. Dezember 1965, dem Tag der sowjetischen Verfassung, forderte eine kleine Gruppe von Demonstranten auf dem Puschkin-Platz in Moskau die öffentliche Verhandlung des Prozesses gegen die inhaftierten Literaten<sup>8)</sup>. Beide wurden im Februar 1966 zu sieben bzw. fünf Jahren Arbeitslager unter verschärften Bedingungen verurteilt. Die Angeklagten hatten sich für nicht schuldig erklärt. Diese Unerschrockenheit vor einem sowjetischen Gericht sowie die Tatsache, daß Dutzende von Nonkonformisten in aller Offenheit für die beiden Schriftsteller Partei ergriffen<sup>9)</sup>, illustrierten beispielhaft, wie sehr das Selbstbewußtsein innerhalb der kritischen Intelligenz seit den Tagen Stalins gewachsen war. Der Nonkonformismus der Intelligenzija, der sich bislang mehr im Literarischen geäußert hatte, schlug ins Politische um. Man begann zu erkennen, daß die Freiheit der Kunst untrennbar mit der politischen Freiheit verbunden war.

Wenn der Prozeß gegen Sinjawschik und Daniel ein Exempel statuieren sollte, verfehlte er seinen Zweck. Ginzburg stellte Materialien und Protokolle dieses Prozesses zu einem „Weiß-

buch“ zusammen, das im Samisdat erschien und das, ohne daß es eines Kommentars bedurfte, die Praktiken der sowjetischen Rechtsprechung bloßstellte. Es folgte eine Kette von Prozessen gegen einzelne Dissidenten, die in wachsendem Maße den Widerspruch der kritischen Intelligenz herausforderte.

Im Januar 1968 standen Ginzburg und Galanskow vor Gericht. Ginzburg wurde zu fünf Jahren verschärftem Arbeitslager verurteilt. Sein Verteidiger hatte sogar auf Freispruch seines Mandanten plädiert. Er wurde später sowohl aus der KPdSU wie aus der Anwaltskammer ausgeschlossen. Während des Prozesses versammelten sich Gesinnungsfreunde vor dem Gerichtsgebäude und hielten ausländische Journalisten auf dem laufenden. In Briefen und Petitionen verwandten sich diesmal bereits einige Hundert Sowjetbürger für die Verurteilten. Wiederum erschien ein „Weißbuch“ mit Prozeßprotokollen und Dokumenten<sup>10)</sup>. Als Herausgeber zeichnete P. Litwinow verantwortlich, ein Enkel des früheren sowjetischen Außenministers.

Das Jahr 1968 erschien den Dissidenten als ein erster Durchbruch. In Erinnerung an diese Zeit schrieb Solschenizyn später: „Da strömte der Samisdat wie bei der Schneeschmelze hervor, einige Namen kamen immer wieder auf, neue Namen erschienen bei Protestkundgebungen. Es schien — noch ein wenig, noch eine Kleinigkeit — und wir bekommen Luft.“<sup>11)</sup> Im April 1968 erschien dank einer Anregung von N. Gorbaneuskaja die erste Nummer der „Chronik der laufenden Ereignisse“, einer Samisdatzeitschrift, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, sehr detailliert die Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion und die Aktivitäten der Dissidenten zu registrieren. Die „Chronik“ blieb bis zum heutigen Tag ein Fixpunkt in der sich rasch verändernden Dissidentenszenerie<sup>12)</sup>.

Der Prager Reformkurs tat ein übriges, um die Hoffnungen der sowjetischen Oppositionellen zu beflügeln. Nicht weniger stimulierend war es, daß sich das Akademiemitglied Sacharow mit seinem Samisdat-Memorandum „Gedanken über Fortschritt, friedliche Koexistenz und geistige Freiheit“ vom Juni 1968 zu den Dissi-

<sup>8)</sup> Hierzu: Weißbuch in Sachen Sinjawschik/Daniel, zusammengestellt von A. Ginsburg, Frankfurt a. M., 1967, S. 44 ff.

<sup>9)</sup> Ebd., S. 362 ff.

<sup>10)</sup> The Trial of the Four. A collection of materials on the case of Galanskov, Ginzburg, Dobrovolsky & Lashkova, 1967—68, zusammengestellt von P. Litvinov, London 1972.

<sup>11)</sup> A. Solschenizyn u. a., Stimmen aus dem Untergrund, Darmstadt 1974, S. 247.

<sup>12)</sup> Ihre 47. Ausgabe — die letzte, die im Westen bekannt wurde — fand im November 1977 ihren Abschluß.

dentem gesellte<sup>13)</sup>. Bereits im Frühjahr desselben Jahres hatten A. Amalrik und P. Litwinow hoffnungsvoll von einer „Demokratischen Bewegung“ gesprochen<sup>14)</sup>. Das war natürlich eine Überschätzung der eigenen Kräfte. Für eine breite oppositionelle Massenbewegung waren die sowjetischen Verhältnisse noch lange nicht weit genug gediehen. Die KPdSU im Verband mit dem Geheimdienst und den Streitkräften verfügte noch immer über eine einschüchternde Macht. Insgesamt dürften sich etwa 2 000 Männer und Frauen für die Belange der Menschenrechte offen eingesetzt haben<sup>15)</sup>.

Der Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die CSSR am 21. August 1968 war Reif auf die Blütenräume der Dissidenten. Er mußte den Glauben an eine Evolution in der Sowjetunion nachhaltig erschüttern. Seit 1969 wurde schließlich die sowjetische Repressionsschraube um eine Drehung angezogen. Die Behörden

gingen dabei langsam und selektiv zu Werke, manchmal bereit, einen Schritt wieder zurückzunehmen, wenn aus dem In- oder Ausland ein zu kritisches Echo zu hören war.

Um die unbequemen Kritiker zum Schweigen zu bringen, bediente man sich eines breiten Instrumentariums, das von Ermahnungen, Drohungen, beruflichen Schwierigkeiten, Verhaftungen bis hin zu Einweisungen in psychiatrische Anstalten reichte. Die Hartnäckigkeit der Rebellen war damit jedoch nicht gebrochen, wenn sich auch viele Sympathisierende oft ins Privatleben, vielleicht auch in die innere Emigration zurückzogen. Nicht wenige Dissidenten kehrten jedoch aus den Lagern und psychiatrischen Anstalten als noch entschiedener und kompromißlosere Kritiker zurück. Das erneut am eigenen Leib erfahrene Unrecht bestärkte sie geradezu darin, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren.

### III. Die Differenzierung unter den Dissidenten

Als die Sowjetunion seit 1971 Juden in wachsendem Umfang die Emigration gestattete, nahm der KGB die Möglichkeit wahr, mit dem Strom der Auswanderer auch einige Dissidenten mitziehen zu lassen. Schließlich schob man einige als besonders störend empfundene Oppositionelle einfach ins Ausland ab. Fürs erste war den Sowjets mit einer solchen Politik durchaus gedient, weil sie die Reihen der Kritiker merklich schwächte, auf lange Sicht jedoch dürfte die Ausreise oder Ausweisung von Oppositionellen kein wirksames Mittel gegen unorthodoxes Denken sein.

Parallel zum langsamen Vorrücken des KGB konnten die Dissidenten zunächst noch begrenzte Bodengewinne erzielen, etwa mit der Gründung der „Initiativgruppe zum Schutz der Menschenrechte“ (1969) oder mit dem „Menschenrechtskomitee in der UdSSR“ (1970)<sup>16)</sup>. Derartige Gruppierungen hatte es seit Jahrzehnten in der Sowjetunion nicht mehr gegeben.

Für den außenstehenden Beobachter war zunächst der Eindruck entstanden, daß die Dissidenten trotz ihrer verschiedenartigen weltanschaulichen Ansichten an einem Strang zogen. Die politischen Repressalien, die Verletzungen von Grundrechten und die neostalinistischen Tendenzen wurden von den Oppositionellen fast ohne Unterschied verurteilt. Die Einmütigkeit der Dissidenten hörte jedoch in dem Augenblick auf, als man sich nicht mehr mit der Kritik an Mißständen begnügte und man sich Gedanken über eine von allen als notwendig empfundene Erneuerung der Sowjetunion machte. Binnen kürzester Zeit wurden seit Ende der sechziger Jahre von den verschiedensten Seiten programmatische Vorschläge für eine Demokratisierung der UdSSR gemacht.

Es entbrannte unter den Dissidenten ein heftiger Streit darüber, wie die gegenwärtige Stagnation in der Sowjetunion überwunden werden könnte. Die Protagonisten dieser Auseinandersetzung trugen ihre Ansichten mit großer Bestimmtheit, Gradlinigkeit und Eindringlichkeit vor. Sie stützten sich nicht auf akademische Weisheiten oder moderne politologische Theorien, sondern auf ihre eigenen Erfahrungen und Überzeugungen. Dieser in seiner Einfachheit und Unmittelbarkeit fast archaisch wirkende Disput mochte von ferne an die Überlegungen der sieben Perser erinnern, wie sie von Herodot in seinem dritten Buch beschrieben wurden, mit dem Unterschied aller-

<sup>13)</sup> Es erschien eine deutsche Ausgabe unter dem Titel: Wie ich mir die Zukunft vorstelle, Zürich 1968.

<sup>14)</sup> A. Amalrik, Die Menschenrechtsbewegung in der UdSSR, in: Merkur 12/1977, S. 1185.

<sup>15)</sup> R. Tökes (Hg.), Dissent in the USSR, S. 123 f. P. Hübner/G.Simon, Ziele der sowjetischen Bürgerrechtler, Kurzinformation des BIOst, Köln, 19. April 1977.

<sup>16)</sup> B. Lewytskij, Politische Opposition in der Sowjetunion 1960—1972, S. 54 ff.

dings, daß in Moskau kein leerstehender Thron zu besetzen war.

Wieviele Gruppierungen oder Strömungen gab oder gibt es unter den sowjetischen Dissidenten? Die westlichen Chronisten<sup>17)</sup>, aber auch die Dissidenten<sup>18)</sup> machen die verschiedensten Angaben. Es wäre zu perfektionistisch gedacht, wollte man jeden Dissidenten gewissermaßen in einem Linnéschen System der innersowjetischen Opposition einordnen. Lebende Menschen lassen sich nur mit Mühe für den Gebrauch der Politologen präparieren. Die Geschichte des Dissidententums ist noch nicht abgeschlossen, manches in Fluß. Eine Klassifizierung der Oppositionellen kann heute nur provisorischen Charakter haben.

Im folgenden werden nicht die einzelnen Zirkel und Grüppchen aufgezählt, von denen viele völlig von der Bildfläche verschwunden sind. Vielmehr werden vier Hauptströmungen in der Szenerie der sowjetischen Dissidenten ausgemacht: Reformkommunisten, Sozialisten, Liberale, Christlich-Nationale. Keine dieser vier Gruppierungen stellt eine feste Formation dar. Jede bestand oder besteht aus einer Vielzahl von ausgesprochenen Individualisten, deren Meinungen nicht leicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind.

<sup>17)</sup> Lewytskij machte sieben Hauptgruppen in der politischen Opposition aus: die Menschenrechtsbewegung, Kommunisten und Marxisten, Demokraten, die Allrussische sozial-christliche Union zur Befreiung des Volkes, Faschisten, Stalinisten, Opposition aus den Nationalitäten, a. a. O., S. 53 ff. Feldbrugge unterscheidet zwischen Marxisten-Leninisten, Sozialisten, Demokraten und nationale Gruppen. Eine weitere Klassifizierung bei Tökes, a. a. O., S. 11 ff.

<sup>18)</sup> Amalrik glaubte 1969 mindestens drei Ideologien erkennen zu können, auf die sich die oppositionellen Kreise stützten: den „wahren Marxismus-Leninismus“, das Christentum und den Liberalismus. Vgl. A. Amalrik, Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?, S. 14. Später revidierte und ergänzte er seine Ansichten. Er ging jetzt von drei großen Richtungen aus: Liberalismus, Marxismus und Nationalismus. Vgl. A. Amalrik, Ideologies in Soviet Society, in: Survey, Volume 22, Nr. 2 (99), 1976, S. 1—11. — Nach der Darstellung Medvedevs aus dem Jahr 1971 gab es innerhalb der KPdSU drei Richtungen: Neostalinisten, Konservative und Parteidemokraten. Außerhalb der Partei erschienen Medvedev folgende oppositionelle Gruppen erwähnenswert: Westler, ethische und christliche Sozialisten, Konstitutionalisten, Anarchokommunisten und nationalistische Gruppen. Vgl. R. Medvedev Kniga o socialističeskoj demokratii, Amsterdam 1972, S. 52 ff. Später jedoch führte Medvedev nur noch drei Hauptströmungen in der intellektuellen Opposition an: liberale Marxisten, Christen, nationalistische Strömungen. Vgl. R. Medvedev (Hg.), Aufzeichnungen aus dem sowjetischen Untergrund, Hamburg 1977, S. 18. Eine andere Klassifizierung bei Ju. Glazov, Tesnye vrata, London 1973, S. 254.

Am ehesten lassen sich die politischen Vorstellungen einzelner prominenter Dissidenten erfassen, die in einem bestimmten Umfeld meinungsbildend sein dürften. Aus dem Kreis der Reformkommunisten ragt zweifellos Roj Medwedjew dank seiner publizistischen Produktivität und seines behutsamen Reformkurses hervor. Um Solschenizyn hat sich ein Kreis gruppiert, den man als christlich-national bezeichnen könnte. Sacharow, den man zu den Liberalen rechnet, ist allerdings in seinem Lager im besten Falle nur primus inter pares.

Von diesen drei Persönlichkeiten sind große Wirkungen auf die nonkonformistische Intelligenz der Sowjetunion ausgegangen. Sie haben mit ihren Analysen und programmatischen Aussagen eine theoretische Grundlage geschaffen, auf der künftige Reformkräfte aufbauen können. Es ist daher gerechtfertigt, R. Medwedjew, Sacharow und Solschenizyn besonders hervorzuheben, wenn die einzelnen Richtungen der Dissidenten beschrieben werden. Mit einer solchen Personalisierung soll auch der Eindruck vermieden werden, als ob es bereits verbindliche Programme für politische Kreise gäbe.

Es wäre zwar vorstellbar, daß die vier Gruppierungen, die hier skizziert werden sollen, breiteren Zulauf erhielten, falls der politische Druck nachließe. Im Augenblick deutet allerdings nichts auf ein Tauwetter in der Sowjetunion hin. Es wäre auch eine voreilige Schlussfolgerung, wenn man annähme, daß mit den vier Strömungen das gesamte Spektrum der latent vorhandenen oppositionellen Kräfte in der Sowjetunion erfaßt ist. Die Reformkommunisten, die Sozialisten, die Liberalen und die Christlich-Nationalen sind lediglich die Gruppen, die in den letzten Jahren am wenigsten das Licht der Öffentlichkeit gescheut haben und angesichts ihrer moralischen Ziele auch nicht zu scheuen brauchten. Darüber hinaus gibt es sicher noch andere, vielleicht sogar stärkere Kraftfelder.

Würde sich die KPdSU, was heute noch phantastisch anmutet, mit der Artikulierung von Gegenkräften in bestimmten Grenzen abfinden, so könnten beispielsweise die großrussischen Nationalisten und die Nationalisten der nichtrussischen Völker unter Umständen größere Massen mobilisieren als die Reformkommunisten oder Liberalen. Es gibt auch durchaus Samisdat-Dokumente von verschiedenen nationalistischen Zirkeln, allerdings hat sich der Aggregatzustand dieser Gruppierungen noch nicht so verfestigt, daß man sehr viel mehr als Vermutungen äußern könnte.

## VI. Roj Medwedjew und die Reformkommunisten

Nur wenige Altbolschewisten, die unter Stalin in Ungnade gefallen waren, haben die Entstalinisierung erlebt. Noch geringer ist die Zahl derer, die offiziell rehabilitiert worden sind. Diejenigen von ihnen, die sich in der Ära Chruschtschows zu Wort meldeten, waren aus begreiflichen Gründen zunächst an einer schonungslosen Aufdeckung der Stalinschen Untaten interessiert<sup>19)</sup>. Als sie aber erkennen mußten, mit welcher Halbherzigkeit die Entstalinisierung angepackt wurde, konnten sie nicht umhin, sich auch kritisch mit der sowjetischen Gegenwart auseinanderzusetzen. Seit den 60er Jahren bemühten sich einige konspirative Gruppen, in denen vor allem Studenten zusammengeschlossen waren, zu den Quellen des Leninismus oder sogar zu denen des Marxismus zurückzufinden. Aber erst mit Roj Medwedjew erhielten die Reformkommunisten eine überragende Persönlichkeit, die, Anregungen vieler neokommunistischer Autoren aufnehmend, sowohl die Vergangenheitsbewältigung versuchte als auch einen Entwurf für eine Demokratisierung der Sowjetunion vorlegte. Medwedjew, 1925 in Tiflis geboren, im Geiste des Kommunismus erzogen, von Beruf Pädagoge, wechselte bald auf das Gebiet der Geschichte und Soziologie über. Von 1962 bis 1968 schrieb er, ohne von offizieller Seite gefördert oder ernsthaft gehindert zu werden, die umfangreiche Studie „Vor das Gericht der Geschichte“, die bis heute die beste Analyse des Stalinismus aus der Feder eines sowjetischen Autors ist. Der sowjetische Verlag, dem der Verfasser das Manuskript anbot, lehnte den Druck ab. 1969 wurde Medwedjew die Mitgliedschaft in der KPdSU entzogen. Das Stalinismus-Werk erschien nur im Samisdat und im Westen. 1971 schloß Medwedjew „Das Buch über die sozialistische Demokratie“ ab. Diesmal stellte er der Brezhnew-Ära die Diagnose und bot zugleich seine Therapievorschlüsse an.

Medwedjew war sich der negativen Bilanz des Stalinismus durchaus bewußt. Er rechnete damit, daß dem Terror Stalins 25—26 Millionen Sowjetbürger zum Opfer gefallen sind<sup>20)</sup>. Für die Pervertierung von Lenins Revolution seit den dreißiger Jahren machte er vor allem Stalin selbst verantwortlich, nicht die Gesellschaft, nicht das System. Er hielt Stalin auch durchaus für zurechnungsfähig, wenn er auch glaubte, bei ihm Züge von Paranoia feststel-

len zu können<sup>21)</sup>. Sein Verdikt: „Keiner der Tyrannen und Despoten der Vergangenheit hat so viele seiner Landsleute verfolgt und vernichtet.“<sup>22)</sup>

In der Gestalt Lenins schien Medwedjew dagegen die fast notwendige Kontrastfigur zu sehen. Vielleicht war er zu seiner scharfen Abrechnung mit dem Stalinismus überhaupt nur fähig, weil er im Gründer des Sowjetstaates die Verkörperung seiner kommunistischen Ideale sah. Zwar hat er in der jüngsten Zeit durchaus das Vorhandensein einiger dunkler Punkte während der Herrschaft Lenins eingeräumt, aber seine Vorstellung von Lenin blieb immer noch etwas verklärt. Er unterstellt Lenin eine demokratischere Gesinnung, als dieser sie wahrscheinlich besessen hat. Ihm konnte es auch nicht nur darum gehen, den Leninismus vom Rost des Stalinismus zu befreien und die alten Zustände der ersten Revolutionsjahre wiederherzustellen. Ein „Zurück zu Lenin“ wäre ohnehin riskant gewesen, denn immerhin hatte Lenin die Entstehung des Terrorsystems unter seinem Nachfolger nicht verhindern können. In seinen politischen Vorstellungen ging Medwedjew, bewußt oder unbewußt, über Lenin hinaus.

Medwedjew blieb davon überzeugt, daß trotz der Monstrosität des Stalinismus die Substanz der Leninschen Ideologie nicht zerstört werden konnte. Der Stalinismus, so betont er immer wieder, sei keine Krankheit mit tödlichem Ausgang gewesen, wohl aber eine sehr ernste Krankheit, die bis zum heutigen Tag in der Sowjetunion noch nicht überwunden sei<sup>23)</sup>.

Das schlimme Erbe, das Stalin seinen Nachfolgern hinterlassen hat, nannte Medwedjew zeitweise auch „Bürokratismus“. Im „Buch über die sozialistische Demokratie“ beschrieb er diesen Bürokratismus als ein System mit autoritärer Führung, das keine Kontrolle und keine Initiative von unten zulasse<sup>24)</sup>. Medwedjew hielt das harte Regime Lenins und sogar einige Züge von Stalins früher Herrschaft für notwendig und war damit bereit, die Entstehung der sowjetischen Bürokratie als notwendiges Übel in Kauf zu nehmen. Mit dem Persönlichkeitskult um Stalin, also wohl ab 1934, habe der Bürokratismus dann allerdings gefährliche Dimensionen angenommen.

<sup>19)</sup> Roj Medvedev, *K sudu istorii*, New York 1974, S. 588.

<sup>20)</sup> Ebd., S. 461.

<sup>21)</sup> Ebd., S. 1136.

<sup>22)</sup> R. Medvedev, *Kniga o socialističeskoj demokracii*, S. 339.

<sup>19)</sup> Vgl. etwa *Političeskij dnevnik*, 1964—1970, Amsterdam 1972, S. 213 ff.

<sup>20)</sup> Archiv Samizdata, Nr. 1874 (im weiteren „AS“ abgekürzt).

Die schrankenlose Macht einer kleinen Schicht von Privilegierten habe „zu einer tiefen bürokratischen Entartung (pereroshdenie) eines beträchtlichen Teils der Spitzen unserer Gesellschaft geführt“<sup>25)</sup>.

Medwedjew erkannte zwar an, daß nach dem XX. und XXII. Kongreß der KPdSU und nach dem Oktoberplenum des ZK von 1964 der Bürokratismus bekämpft worden sei, allerdings mit bürokratischen Methoden, ohne ausreichende Beteiligung der Bevölkerung und ohne die notwendige Konsequenz. Die breiten Massen, so schrieb Medwedjew, hätten zu Beginn der siebziger Jahre dank ihres gestiegenen Kultur-niveaus einen gewissen Einfluß auf die Leitungsorgane der unteren Ebenen ausüben können, kaum jedoch in der Spitze der Machtpyramide. So treffe man in einem Parteikomitee einer Fabrik oder eines Forschungsinstituts erheblich weniger Bürokratismus als in den Verwaltungsapparaten der Kommunen oder der Region.

Medwedjew war bemüht, nicht alle sowjetischen Führungsmängel über den Leisten des Bürokratismus zu schlagen. Die Bürokratie war für ihn auch keine unvermeidliche Begleiterscheinung der Einparteienherrschaft, allerdings auch kein rein individuelles Problem. Mit dieser vorsichtigen Einstellung zur Frage des Bürokratismus vermied Medwedjew eine Konfrontation mit der politischen Macht seines Landes. Er stieß nicht alle Mitglieder der KPdSU vor den Kopf und war vor allem der Notwendigkeit enthoben, die Bürokratie als eine neue Klasse zu bezeichnen. Die Thesen von M. Djilas fanden nicht sein Gefallen. Allerdings sah auch er einen Prozeß, der auf die Formierung einer neuen Klasse hinauslaufen könnte. Dieser Prozeß verlaufe langsam und sei durchaus nicht unumkehrbar. Fazit: „Wenn wir auch die Vorstellung von der Bürokratie als einer ‚neuen Klasse‘ ablehnen, so können wir nicht leugnen, daß die oberste Bürokratie sich bei uns zu einer bestimmten Schicht oder sogar zu einer Kaste von Leuten mit bestimmten Regeln, Gewohnheiten und mit einer eigenen Sozialpsychologie verfestigt hat.“<sup>26)</sup>

Medwedjew näherte sich dem Problem des Mehrparteiensystems sehr behutsam. Er schilderte eine Reihe von Strömungen und Unterströmungen in der Sowjetunion, die Vorläufer von künftigen Parteien werden könnten. Nur die Allmacht der KPdSU hindere die Regimekritiker daran, sich zu organisieren. Ein ge-

wisser politischer „Pluralismus“ in der Sowjetunion erschien ihm für die siebziger Jahre als unvermeidlich.

Eine Oppositionspartei, so schrieb er 1971, würde, auch wenn sie offiziell zugelassen worden sei, nur wenige Sitze bei den Wahlen gewinnen<sup>27)</sup>. Zu lange hätte die KPdSU alle Mittel der Propaganda besessen. Eine Oppositionspartei würde daher weder für das sozialistische System noch für die KPdSU eine ernsthafte Gefahr darstellen. Allerdings nötige sie allein schon durch ihre Existenz die KPdSU zu einer Selbstbesinnung und zum Konkurrenzkampf. Der Bürokrat alten Stils könnte in einer offenen Auseinandersetzung sehr leicht bloßgestellt werden. Es müßten daher dynamischere Kommunisten auf dem Plan erscheinen, wenn die KPdSU nicht moralisch ins Hintertreffen geraten wolle. Im Ernstfall jedoch würden die traditionellen Bürokraten so sehr um ihre Karriere bangen, daß sie von vornherein alle oppositionellen Regungen bereits im Keim zu ersticken versuchten. So seien die Ereignisse in der ČSSR 1968 zu erklären.

Medwedjew hielt es 1971 für sehr wahrscheinlich, daß die Parteiführung in der Sowjetunion eher die Schrauben anziehen als lockern würde<sup>28)</sup>. Allerdings glaubte er, daß selbst eine Politik der Repressalien die überfällige Demokratisierung kaum verhindern, sondern nur verzögern könne.

Das schwächste Glied in der Argumentationskette Medwedjews lag in dessen Annahme, daß die KPdSU von sich aus, gestützt durch die kritische Intelligenz, das Werk der Demokratisierung einleiten und vollenden könne. Ohne Frage wäre dies der reibungsloseste und kürzeste Weg zur Reform, aber Medwedjew konnte wenig anführen, was seine Hoffnung auf die Erneuerungskraft der KPdSU rechtfertigen würde.

Nach seiner Meinung waren noch 1971 die Neostalinisten die aktivste Gruppe in der kommunistischen Partei seines Landes<sup>29)</sup>. Anfangs hätten Mitglieder dieser Richtung die Rehabilitierung Stalins betrieben. Für die Neostalinisten sei aber nicht so sehr die Nachsicht mit den Untaten Stalins kennzeichnend, sondern vielmehr deren Wunsch nach einer starken Hand in der Führung des Landes. Ihr Programm sei vom Großmachtdenken durchdrungen. Sie plädierten für eine Verstärkung des bürokratischen Zentralismus und für eine deutlichere Distanzierung von der kapitalisti-

<sup>25)</sup> Ebd., S. 342.

<sup>26)</sup> Ebd., S. 352.

<sup>27)</sup> Ebd., S. 119.

<sup>28)</sup> Ebd., S. 123.

<sup>29)</sup> Ebd., S. 54 ff.

schen Welt. 1975 bezeichnete Medwedjew diese Gruppe, der er Suslow, Scheljepin, Semitschastnyj, Trapesnikow und Jagodkin zurechnete, ohne Umschweife als „reaktionär“<sup>30)</sup>.

Zahlenmäßig ist Medwedjew zufolge die Richtung der Gemäßigten und Konservativen in der Führung der Partei und Regierung am stärksten, eine lockere Formierung ohne klare Konturen und Programm, die von Fall zu Fall entscheide<sup>31)</sup>. Nicht selten gebe sie dem Druck der Rechten, also der Neostalinisten, nach, so etwa bei der Entscheidung zur Intervention in der ČSSR. Die Mitglieder dieser hin- und herschwankenden Mittelgruppe seien schlecht informierte Bürokraten, die vor allem an der Erhaltung der gegenwärtigen Machtverhältnisse interessiert seien und kaum ein Gespür für notwendige Reformen hätten. Als Protagonisten dieser Strömung machte Medwedjew 1975 folgende Politbüromitglieder in der Reihenfolge der offiziellen Etikette namhaft: Breshnew, Andropow, Gretscho, Gromyko, Kossygin und Podgornyj<sup>32)</sup>.

Die schwächste Gruppe innerhalb der KPdSU seien, so schrieb Medwedjew 1971, die Parteidemokraten, die echte Linke seien, Vertreter der wahren Lehre des Marxismus-Leninismus<sup>33)</sup>. Diese Richtung fühlte sich der Autor verpflichtet. Er scheint sich, obwohl er aus der KPdSU ausgeschlossen ist, geradezu als Sprecher dieser Strömung zu begreifen. Das Ziel der Parteidemokraten sei die Demokratisierung der KPdSU und des Landes: mehr Rede-, Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit. Medwedjew sagte 1971, als er sein Buch abschloß, daß diese Richtung, auf die er seine ganze Hoffnung setzte, in der Parteiführung praktisch nicht vertreten sei. Ihre Anhänger rekrutierten sich vor allem aus den Kreisen der Wissenschaftler. Im Parteiapparat würden diese Kräfte bald in höhere Ämter hineinwachsen. Im Verlauf der siebziger Jahre, so hatte Medwedjew gehofft, könne sich die Strömung der Parteidemokraten zu einer Massenbewegung ausweiten.

Als Verbündete des Demokratisierungsprozesses begrüßte Medwedjew die Technokraten, die sich auf modernes Management verstünden<sup>34)</sup>. Er rechnete für die siebziger Jahre damit, daß die Bürokratie allmählich von den

Technokraten abgelöst würde. Allerdings könnten auch die Technokraten die demokratische Reform nicht ersetzen.

1975 sprach Medwedjew — Zufall oder nicht — nur noch von den Technokraten, als er die dritte Gruppe in der Partei behandelte<sup>35)</sup>. Diese Technokraten hätten in der jüngeren Zeit an Boden gewonnen. Es seien vergleichsweise junge Leute, frei von vielen jener Vorurteile und Komplexe, die das Verhalten der älteren Generation bestimmt hätten. Diese neuen Kräfte seien sogar „in der unmittelbaren Umgebung Breshnews“ zu finden.

Medwedjew sieht offensichtlich der allmählich akuter werdenden Wachablösung im Politbüro mit einiger Erwartung, aber auch mit einiger Sorge entgegen. Vom Nachfolger Breshnews hängt, wie er andeutete, vieles ab. So wie Lenin, Stalin und Chruschtschow das Land jeweils verändert hätten, so könnte der künftige Generalsekretär der Sowjetunion neue Impulse geben. Medwedjew hofft, daß der neue Mann im Kreml den reformkommunistischen Ideen zum Durchbruch verhilft.

Aus allen Schriften und Verlautbarungen Medwedjews spricht ein starkes Engagement für die Sache der Demokratisierung. Seine Thesen stehen und fallen jedoch mit einer baldigen, deutlich erkennbaren Reform der KPdSU. Nichts weist aber gegenwärtig auf den prophezeiten Massendurchbruch der Parteidemokraten hin. Eher könnte man den Eindruck gewinnen, daß die Widersacher dieser Reformkräfte das Feld beherrschen. Raissa Lert, die zum Kreis der marxistisch-leninistischen Dissidenten zählt, hat in der von Roj Medwedjew herausgegebenen Zeitschrift „Das XX. Jahrhundert“ stark bezweifelt, daß es in der KPdSU überhaupt eine ernst zu nehmende Gruppe von reformwilligen kommunistischen Führern gibt<sup>36)</sup>.

Möglicherweise hat auch Medwedjew in jüngerer Zeit die Einsicht gewonnen, daß sich das Warten auf einen inneren Wandel der KPdSU qualvoll hinzieht. 1974 schloß er den ihm selbst allerdings unwahrscheinlich anmutenden Fall nicht aus, daß sich eine neue sozialistische Partei in der Sowjetunion bilden könne, die sich sowohl von den Kommunisten wie den Sozialdemokraten unterscheiden würde<sup>37)</sup>.

Der Kreis der marxistisch orientierten Dissidenten ist offensichtlich nicht sehr groß. Sicher gibt es in der KPdSU eine Reihe von

<sup>30)</sup> R. Medvedev (Hg.), Aufzeichnungen aus dem sowjetischen Untergrund, S. 26.

<sup>31)</sup> R. Medvedev, Kniga o socialističeskoj demokratii, S. 60 ff.

<sup>32)</sup> R. Medvedev (Hg.), Aufzeichnungen aus dem sowjetischen Untergrund, S. 26.

<sup>33)</sup> R. Medvedev, Kniga o socialističeskoj demokratii, S. 63 ff.

<sup>34)</sup> Ebd., S. 353 f.

<sup>35)</sup> R. Medvedev (Hg.), Aufzeichnungen aus dem sowjetischen Untergrund, S. 27.

<sup>36)</sup> Ebd., S. 43.

<sup>37)</sup> AS, Nr. 1874.

Frauen und Männern, die ihre Partei in ihrer gegenwärtigen Gestalt nicht für sehr leistungsfähig halten, aber sie schweigen, entweder weil sie offene Kritik für wirkungslos halten, oder aber, weil sie ihre Privilegien nicht aufs Spiel setzen wollen. Sie überlassen es der Handvoll von mutigen Dissidenten, den Kopf aus der Deckung zu heben. Die Vorstellungen der Reformkommunisten haben eine so erhebliche Spannweite, daß man das Gemeinsame dieser Gruppe nur in der Rückbesinnung auf die frühen Ideale von Marx sehen kann. Die

Samisdat-Zeitschrift „Das XX. Jahrhundert“ versucht sogar, in christliche Kreise hineinzuwirken. Ein marxistischer Autor des Samisdat möchte die sowjetische Gesellschaft nach dem Vorbild der Pariser Kommune, die für ihn der Inbegriff einer unbürokratischen Ordnung ist, umgestalten<sup>38)</sup>. Andere sehen in der Bildung einer Oppositionspartei oder eines Mehrparteiensystems die beste Garantie gegen den Machtmißbrauch der KPdSU<sup>39)</sup>. Schließlich wird auch der „Prager Frühling“ von 1968 als Vorbild für die Sowjetunion genannt<sup>40)</sup>.

## V. Die Sozialisten

Wenn auch die Sozialisten und Sozialdemokraten unter den sowjetischen Dissidenten nur eine kleine Minderheit darstellen, so verdienen sie doch eine besondere Erwähnung. In ihrer Kritik am Sowjetsystem wagen sie sich weiter vor als die marxistisch-leninistischen Regimekritiker. So begnügen sie sich nicht mit der Kritik an der Bürokratie, sondern weisen manchmal sogar der gegenwärtigen politischen Elite in der Sowjetunion den Charakter einer Klasse zu<sup>41)</sup>. Das ökonomische System ihres Landes prangern sie manchmal als Staatskapitalismus an.

In den Kreisen der sozialistischen Dissidenten werden allerdings auch die bürgerliche Demokratie und der Kapitalismus in der Regel negativ beurteilt. (Solschenizyns polemische Hiebe gegen den Westen sind in der Dissidentenszenerie also durchaus keine Einzelercheinung.) Entsprechend negativ ist auch häufig die Einstellung der Sozialisten zu den Demokraten oder Liberalen unter den Dissidenten, die ihnen zu westlich orientiert erscheinen. Ein Teil der Sozialisten versprach sich von der Einführung wissenschaftlicher Methoden in die politische Praxis eine allmähliche Demokratisierung in der Sowjetunion<sup>42)</sup>. Ihnen zufolge soll die Intelligenz gewissermaßen die Vorhut der neuen Revolution sein.

Der „Sejatel“ (Sämänn) schlug 1971 die Schaffung eines unabhängigen Organs aus Wissen-

schaftlern vor, das die Grundlagen des wirtschaftlichen und politischen Aufbaus erarbeiten und allmählich die Legislative übernehmen sollte<sup>43)</sup>. Die Exekutive könnte zunächst in ihrer alten Form fortbestehen, müsse sich allerdings die Kontrolle durch das wissenschaftliche Gremium und ein weiteres demokratisches Organ gefallen lassen. Die Teilung der Gewalten solle künftig die Kompetenzen der KPdSU oder bestimmter Institutionen einschränken und Übergriffe unmöglich machen. Hier ist einer der seltenen Hinweise im Samisdat auf die Gewaltenteilung, die doch die wichtigste Voraussetzung für die Demokratisierung ist, wie sie im „Westen“ verstanden wird. Die sozialistischen Dissidenten berühren das Problem des Mehrparteiensystems, überstrapazieren es aber nicht. Der „Sejatel“ zielte nach seinen eigenen Angaben auf die Schaffung einer sozialdemokratischen Partei ab, fügte allerdings sofort hinzu, daß nicht an eine feste Organisation gedacht sei. Die Zeitschrift wollte vor allem mit einem klaren Programm den „liberalen“ Dissidenten, den Demokraten, den Wind aus den Segeln nehmen.

Die Sozialisten sind alles andere als ein festumrissener Kreis von Gleichgesinnten, eher eine vage Gruppierung sehr unterschiedlicher Kräfte. Zu ihnen zählt auch A. Lewitin-Krasnow, der, vom Geist der Bergpredigt kommend, die Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen anstrebt: „Sozialismus — das sind keine Wohnungen, keine Badewannen, keine Traktoren. Sozialismus — das ist vor allem eine innere Umkehr der Menschheit. Das ist die Schaffung eines neuen Menschen, der liebt, der mitfühlend, rein, durchgeistigt ist, eines Menschen, wie er im Evangelium beschrieben wurde. Sozialismus kann nur „Nachfolge

<sup>38)</sup> AS, Nr. 306.

<sup>39)</sup> AS, Nr. 1198. Ferner Volgins Artikel „Über das Mehrparteiensystem“, deutsche Übersetzung in C. Gerstenmaier, Die Stimme der Stummen, a. a. O., S. 323 ff. Auch L. Pljuščë hält ein Mehrparteiensystem für nötig. Vgl. V. Belocerkovskij (Hg.), Demokratičeskie alternativy, Achberg 1976, S. 17.

<sup>40)</sup> V. Belocerkovskij (Hg.), Demokratičeskie alternativy, S. 15.

<sup>41)</sup> AS, Nr. 368.

<sup>42)</sup> Vgl. etwa A. Sacharow, Wie ich mir die Zukunft vorstelle, S. 88. 1968, als das zitierte Memorandum erschien, galt Sacharow noch als Sozialist.

<sup>43)</sup> AS, Nr. 1138. Eine deutsche Übersetzung bei B. Lewytzkyj, Die linke Opposition in der Sowjetunion, Hamburg 1974, S. 139 ff.

Christi' in sozialer Hinsicht sein oder es wird ihn überhaupt nicht geben." 44)

In der westlichen Emigration haben einige Dissidenten den Versuch unternommen, „Linke“ (damit waren sowohl Reformkommunisten wie Sozialisten gemeint) und Liberale unter einem politischen und publizistischen Dach zu vereinen 45). Dabei wurde behauptet, daß die Richtungen der Linken und der Liberalen eigentlich das gleiche Ziel anstrebten, nämlich

## VI. Die Liberalen

Die zahlenmäßig stärkste Gruppe unter den Dissidenten bilden die Liberalen, für die die Sache des Sozialismus nicht so entscheidend ist und die die geringsten Vorbehalte gegenüber dem „Kapitalismus“ zeigen. Häufig werden sie auch als „Demokraten“ bezeichnet. R. Medwedjew hatte vor allem diese Strömung im Auge, wenn er mit einer gewissen Reserviertheit von „Westlern“ sprach 46). Andere attackieren sie als Kadetten oder Neokadetten. A. Amalrik nennt sie Liberale, was vielleicht die beste Kennzeichnung ist 47). Allerdings sind sie keine Liberale westlichen Stils, dazu sind sie zu stark in der sowjetischen Umgebung verwurzelt.

Die Vielzahl der Etiketten, die man für diese Schar der kritischen Intelligenz bereithält, verrät bereits etwas von der Vielzahl der Meinungen, die in diesem Lager vertreten werden. Die Liberalen, in der Hauptsache Intellektuelle, neigen zu einem ausgesprochenen Individualismus. Vielen von ihnen dürfte wenig an einem engeren Zusammenschluß liegen. Sie kennen die Zwangsmitgliedschaften in der Sowjetunion und scheinen in jeder Bindung an eine politische Gruppierung bereits eine Gefahr für ihre Freiheit zu sehen.

Die Liberalen haben dank ihrer Aktivitäten die größte Publizität von allen Dissidenten erhalten. Keine andere Strömung hatte einen so großen Zulauf. Das räumte auch R. Medwedjew fast widerwillig ein.

1969 erschien im Samisdat ein „Programm der demokratischen Bewegung der Sowjetunion“, das nach eigenen Angaben von Russen, Ukrai-

die Verteidigung und Vertiefung der Menschenrechte.

Die Grenzen zwischen Reformkommunisten und Sozialisten sind manchmal fließend, allerdings nicht in dem Maße, daß man von einer gemeinsamen Linken sprechen könnte. Es dürfte nicht einmal leicht sein, alle Sozialisten unter einen Hut zu bringen. Eine tragfähige Allianz zwischen „Linken“ und Liberalen ist erst recht schwierig.

nern und Balten verfaßt wurde 48). Seiner Substanz nach konnte es nur ein Produkt von liberalen Dissidenten sein. Keiner der Autoren trat allerdings namentlich in Erscheinung. Dadurch war die Wirkung dieses Werks in der kritischen Intelligenz von vornherein begrenzt 49). In Dissidentenkreisen hat man vergeblich versucht, die Herkunft des Dokuments aufzudecken 50). Das „Programm“ war sehr stark an westlichen Vorstellungen orientiert.

Dieses Programm sah die Gewaltenteilung, ein Mehrparteiensystem, freie Wahlen, ein Verfassungsgericht und die Schaffung einer Union Demokratischer Republiken vor. Für die Wirtschaft offerierte es ein dreigliedriges System mit Staats-, Kollektiv- und Privateigentum. In der Landwirtschaft sollten auch Privathöfe wieder zugelassen werden. Ein Referendum, das unter Teilnahme einer UNO-Beobachterkommission stattfinden sollte, hatte nach diesem Programm darüber zu entscheiden, welche Nationalitäten aus der Union Demokratischer Republiken ausscheiden konnten. Die einzelnen Nationalitäten hatten sogar ein Recht auf Entschädigung für das Unrecht, das ihnen unter der Herrschaft der Großrussen widerfahren war. In der Außenpolitik wurde die Versöhnung mit den kapitalistischen Ländern und die Selbstbestimmung für die sozialistischen Länder proklamiert.

Das „Programm“ war auf keinen Fall repräsentativ für alle liberalen Dissidenten, höchstens für eine bestimmte Untergruppe. In seiner umfassenden und kompakten Art war es eine Ausnahme. Einzelne Teile des „Programms“ findet man allerdings in den verschiedenen Verlautbarungen der Liberalen,

44) V. Belocerovskij (Hg.), *Demokratičeskie alternativi*, S. 225 f.

45) Ebd., S. 7 ff.

46) R. Medvedev, *Kniga o socialističeskoj demokratii*, S. 76 ff.

47) A. Amalrik, *Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?*, S. 15.

48) AS, Nr. 340. Eine leicht gekürzte deutsche Übersetzung bei B. Lewytskyj, *Politische Opposition in der Sowjetunion*, S. 13 ff.

49) A. Amalrik, *Die Menschenrechtsbewegung in der UdSSR*; in: *Merkur* 12/1977, S. 1186.

50) R. Tökes (Hg.), *Dissent in the USSR*, S. 121.

so etwa den Vorschlag, ein dreigliedriges Wirtschaftssystem einzuführen. Die Zulassung der Privatwirtschaft wird in der Regel für den Sektor der Dienstleistungen und der Konsumgüterproduktion empfohlen. Nach Meinung von W. Sewernyj seien verstaatlichte Betriebe am ehesten für passive Menschen geeignet, während sich dynamische Persönlichkeiten am besten in der Privatwirtschaft entfalten könnten<sup>51)</sup>.

In der negativen Einschätzung der gegenwärtigen politischen Führung in der Sowjetunion waren sich die liberalen Dissidenten augenscheinlich im Prinzip einig. Die meisten gingen in ihren Überlegungen mehr oder weniger deutlich von der Existenz einer Parteibürokratie aus, die zum Hemmschuh jeglichen Fortschritts geworden sei. Die politische Elite der Sowjetunion wird gelegentlich auch als herrschende Klasse bezeichnet.

Besonderes Augenmerk verdient A. Sacharow, dessen Ansichten sich durch eine besondere Ausgewogenheit auszeichnen<sup>52)</sup>. Sacharow, 1921 geboren, einer der Väter der sowjetischen H-Bombe, war mit 32 Jahren Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR geworden — der jüngste Wissenschaftler, dem diese Ehre in der Sowjetunion je zuteil geworden ist und der darüber hinaus nicht einmal zuvor korrespondierendes Mitglied gewesen war. 1958 hatte er damit begonnen, die Führung seines Landes vor den Folgen von Atomtests zu warnen. In den folgenden Jahren konzentrierte er seine Kritik auf die politische Führung der Sowjetunion. Keiner der Dissidenten hatte jemals einen so hohen Rang im sowjetischen Establishment eingenommen wie er. Das verlieh ihm einen besonderen Rang im Kreis der Regimekritiker.

In seinen ersten Samisdat-Verlautbarungen konnte Sacharow noch als Sozialist angesehen werden. 1972 ließ er jedoch für sich nur noch die Bezeichnung eines Liberalen gelten<sup>53)</sup>. Seine wachsende Enttäuschung über die Starrheit des sowjetischen Regimes läßt sich deutlich an seinen Schriften ablesen. Er ist inzwischen der Meinung, daß sich die No-

menklatur (die höchste Funktionärsschicht) von der Bevölkerung losgelöst hat und daß die Zugehörigkeit zu diesem exklusiven Kreis in letzter Zeit erblich wird<sup>54)</sup>. Für ihn ist die Sowjetunion ein „totalitärer Polizeistaat“<sup>55)</sup>.

Sacharow wünscht keinen drastischen Umsturz in der Sowjetunion, der nur auf Kosten der breiten Bevölkerung ginge. In einem Zwölf-Punkte-Programm schlug er eine stufenweise Reform in der Sowjetunion vor:<sup>56)</sup>

1. Erweiterung der Wirtschaftsreform von 1965, völlige Selbständigkeit der Betriebe.
2. Teilweise Entstaatlichung, vor allem auf dem Gebiet der Dienstleistungen und der Landwirtschaft.
3. Amnestie für politische Gefangene. Erleichterungen im Strafvollzug, Abschaffung der Todesstrafe.
4. Gesetzliche Fixierung des Streikrechts.
5. Gesetzlicher Schutz der Weltanschauung und der Information.
6. Gesetzliche Sicherstellung der Kontrolle der wichtigsten Regierungsbeschlüsse.
7. Gesetzliche Garantie der Freiheit, seinen Aufenthaltsort und seinen Arbeitsplatz in der Sowjetunion zu wählen.
8. Gesetzliche Garantie des Rechts, die UdSSR zu verlassen und wieder zurückzukehren.
9. Beseitigung von Partei- und Behördenprivilegien.
10. Bestätigung des Rechts einer jeden Unionsrepublik, aus der UdSSR auszuscheiden.
11. Ein Mehrparteiensystem.
12. Freie Konvertierbarkeit des Rubels.

Die liberalen Dissidenten sind in der Regel gegenüber Religionsgemeinschaften tolerant, ganz unabhängig davon, ob sie gläubig sind oder nicht. Sie können sich allerdings nicht mit den Vorstellungen der christlich-nationalen Dissidenten anfreunden, von denen sie befürchten, daß sie das Christentum an die Stelle des Marxismus-Leninismus setzen wollen.

<sup>51)</sup> AS, Nr. 633.

<sup>52)</sup> Eine Skizze von Sacharows Leben und Werk in R. Tökes (Hg.), Dissent in the USSR, S. 354 ff.

<sup>53)</sup> Newsweek, 13. 11. 1972, S. 13.

<sup>54)</sup> A. Sacharow, Mein Land und die Welt, Wien 1975, S. 31.

<sup>55)</sup> Ebd., S. 113.

<sup>56)</sup> Ebd., S. 110 ff.

## VII. Solschenizyn und die Christlich-Nationalen

1962 hatte der damals 44jährige Alexander Solschenizyn sein brisantes Debüt als Schriftsteller mit seinem Buch „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“. 1974 trat er für die breite Öffentlichkeit auch als politische Leitfigur ins Rampenlicht. Schuld daran war nicht so sehr die gewaltsame Ausweisung aus der Sowjetunion. Sie verlieh allerdings Solschenizyn eine bis dahin unerhörte Publizität und sie lenkte die Aufmerksamkeit auf seine drei Bücher, die zu dieser Zeit dicht aufeinander folgten: „Archipel GULag“, „Brief an die Führer der Sowjetunion“<sup>57)</sup> und das von ihm herausgegebene Sammelwerk „Unter den Erdschollen hervor“<sup>58)</sup>. Eine Weile hatte es den Anschein, als überschattete der Ruhm Solschenizyns die gesamte Dissidentenszenerie in der Sowjetunion.

Über den geistigen Standort Solschenizyns hatte bis dahin einige Unklarheit geherrscht. Man hatte ihn häufig unter die „ethischen Sozialisten“ eingereiht<sup>59)</sup>. Kennern seines Werkes konnte es allerdings nicht entgangen sein, daß er in den Traditionen sowohl des orthodoxen Christentums wie auch des vorrevolutionären Rußland stand. Solschenizyn hatte auch schon früh angedeutet, daß er sich durchaus nicht nur mit der Rolle eines Schriftstellers zufriedengeben wollte. Im „Ersten Kreis“ hatte er einem großen Schriftsteller bereits die Bedeutung einer zweiten Regierung zugeschrieben<sup>60)</sup>.

1974 wurden die Konturen seines politischen Weltbildes deutlicher, aber nicht immer deutlich genug. Vor allem der „Brief an die Führer der Sowjetunion“ gab zu Kontroversen Anlaß. Er hatte ihn im September 1973 geschrieben, als gegen ihn und Sacharow eine Propagandakampagne lief, die ihn jedoch, wie er an anderer Stelle schrieb, kaum erreichte und auch nicht sonderlich störte<sup>61)</sup>. Solschenizyn scheint sich, als er den Brief verfaßte, in einer Art Euphorie befunden zu haben. Der Ton seines Schreibens war herausfordernd, manchmal herrisch, oft erregt.

<sup>57)</sup> A. Solženizyn Pis'mo voždjam Sovetskogo Sojuza, Paris 1974. Deutsche Ausgabe: Offener Brief an die sowjetische Führung, Darmstadt 1974.

<sup>58)</sup> Iz-pod glyb. Sbornik statej, Paris 1974; deutsch: A. Solschenizyn u. a., Stimmen aus dem Untergrund.

<sup>59)</sup> R. Medvedev in: Die Zeit, 16. 4. 1976.

<sup>60)</sup> A. Solschenizyn, Der erste Kreis der Hölle, Frankfurt a. M. 1968, S. 419.

<sup>61)</sup> A. Solschenizyn, Die Eiche und das Kalb, Darmstadt 1975, S. 426.

Die westliche Demokratie besaß für Solschenizyn nicht dieselbe Attraktivität, die sie für einige andere Dissidenten haben mochte. Es scheint allerdings eine Übertreibung Solschenizyns zu sein, wenn er behauptet, daß die nonkonforme Intelligenz der Sowjetunion fast einmütig die Freiheit und das parlamentarische Mehrparteiensystem anstrebe, so daß ein Einwand dagegen beinahe schon als „unanständig“ empfunden werde<sup>62)</sup>.

Der eigentliche Defekt der westlichen Demokratie lag nach Solschenizyns Meinung offensichtlich darin, daß sie ihre Kraft und zugleich ihre Beschränkung nicht von einer übergeordneten Sittlichkeit erhielt, die zwar nicht näher beschrieben wurde, sich aber wohl an christlich-paternalistischen Wertvorstellungen orientierte. Die Freiheiten des Westens sind Solschenizyn zufolge zu einem Selbstzweck geworden und führen in eine Sackgasse: „Der Westen ertrinkt doch wahrhaftig in allen möglichen Arten der Freiheit, darunter auch der intellektuellen Freiheit. Und wie ist es, hat ihn das gerettet? Wie sehen wir ihn heute: abrutshend, mit dahinsiechendem Willen, einer dunklen Zukunft entgegensehend... Die intellektuelle Freiheit ist ein begehrenswertes Gut, aber sie ist, wie jede Freiheit, kein Wert an sich, sondern nur ein Hilfwert, nur eine vernunftgemäße Bedingung, nur ein Mittel, um ein bestimmtes anderes, höheres Ziel zu erreichen.“<sup>63)</sup>

M. Agurskij, der zum Freundeskreis um Solschenizyn gehörte, hat als Beispiele für den Mißbrauch der intellektuellen Freiheit im Westen die Willkür der Massenmedien und die Pornographie genannt<sup>64)</sup>. Im übrigen dürften jedoch viele, wenn nicht die meisten Dissidenten das Ausmaß der Freiheit, das in den demokratisch regierten Staaten herrscht, als Zügellosigkeit empfinden. Darin bilden die Christlich-Nationalen kaum eine Ausnahme.

Wie Solschenizyn ausdrücklich festhält, wäre die intellektuelle Freiheit ein wichtiger Anfang für die Wiedergenesung der Sowjetunion<sup>65)</sup>, wenn er sie auch sicher nur in bestimmten Grenzen genutzt sehen möchte. Am Mehrparteiensystem glaubt er so dunkle Schattenseiten erkennen zu können, daß er es nicht unbedingt für nachahmenswert hält. Die

<sup>62)</sup> A. Solschenizyn u. a., Stimmen aus dem Untergrund, S. 27.

<sup>63)</sup> Ebd., S. 25.

<sup>64)</sup> Ebd., S. 77 ff.

<sup>65)</sup> Ebd., S. 25.

Parteien in den demokratisch regierten Staaten, meint er, verfolgten zu sehr partikulare Interessen und verfielen damit einem Gruppenegoismus. Das Mehrparteiensystem habe in den letzten Jahrzehnten seine gefährlichen, wenn nicht seine tödlichen Schwächen offenbart. Als Symptome für seinen Verfall nannte er <sup>60)</sup>:

1. Die unangemessene Investierung von Zeit und Kraft in Wahlkampagnen, verbunden mit einer würdelosen Liebedienerei vor den Massen,
2. den Freispruch eines Mannes, der Dokumente aus dem Verteidigungsministerium gestohlen habe [Anspielung auf Daniel Ellsberg],
3. das Zustandekommen von mehr zufälligen Wählermehrheiten aufgrund eines emotionalen Selbstbetrugs,
4. das unverhältnismäßig große Gewicht, das eine kleine Partei in einer Koalition gewinnen könne,
5. die Streiks bestimmter Berufsgruppen, die ihre Ziele durchsetzen, ohne Rücksicht auf die Gesamtlage des Staates zu nehmen, und schließlich
6. die Hilflosigkeit der Demokratien vor einem „Häuflein rotznasiger Terroristen“.

Nur acht Monate, so fuhr Solschenizyn fort, habe es in Rußland die Demokratie gegeben, zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution von 1917. Sie sei gescheitert, weil man der ungewohnten Freiheit nicht gewachsen gewesen sei. Heute sei die Sowjetunion noch weniger für ein Mehrparteiensystem geeignet als damals <sup>61)</sup>. Die parlamentarische Demokratie hätte heute, würde sie eingeführt, wohl so wenig eine Überlebenschance wie vor 60 Jahren.

Solschenizyn lehnte die Revolution als untaugliches Mittel in der Politik ab. Er setzte seine Hoffnung auf Reformen, die es erlaubten, langsam und in Etappen den schweren Druck von seinem Land zu nehmen. Ihm erschien ein autoritäres Regime in der Gestalt etwa der Sowjets, wie sie bis Juli 1918 bestanden hätten, als geeignetster Ausweg aus der gegenwärtigen Situation <sup>62)</sup>. Die KPdSU könne dabei durchaus einen Großteil ihrer Macht behalten, allerdings sollten auch Parteilose im Staatsapparat Aufnahme finden. An die sowjetische Führung richtete Solschenizyn den dringlichen Appell, die Ideologie des Marxismus-Leninismus

aufzugeben: „... Soll sie doch wie eine Wolke von unserem Land abziehen...“ <sup>60)</sup> Der Marxismus solle nicht verboten werden, wohl aber seine staatliche Unterstützung verlieren. In einem freien Wettbewerb der Ideen könne er dann zeigen, wie widerstandsfähig er gegenüber Argumenten sei.

Weiter forderte Solschenizyn, den ohnehin nutzlosen Bestrebungen nach Weltherrschaft abzuschwören, alle Energien auf eine gründliche innere Reform zu konzentrieren und vor allem den Nordosten der Sowjetunion zu erschließen. Er wünschte volle Freiheit für alle ideologischen, ethischen und religiösen Strömungen — nicht aber für Parteien, was ihm wohl als verfrüht, vielleicht sogar als verfehlt erschien. Keinen Zweifel ließ er daran, daß nach seiner Meinung nur das Christentum das Werk der Erneuerung in der Sowjetunion übernehmen könne. Den Gedanken an eine Staatsreligion oder auch nur an eine Privilegierung des Christentums wies er von sich <sup>70)</sup>. Solschenizyn plädierte schließlich auch für die Freiheit der Gerichte, für die Freiheit der Kunst, für den ungehinderten Druck von Büchern wissenschaftlicher und künstlerischer Natur.

Das Bündel von Solschenizyns Reformvorschlägen mutet erstaunlich oder sogar befremdlich an. In einer Entgegnung auf den „Brief an die Führer der Sowjetunion“ meinte L. Kopelew, das Programm Solschenizyns erinnere an die Heldin von Gogols „Heirat“, die von einem Mann träumte, der die Nase des ersten Freiers, die Figur des zweiten und das Gemüt des dritten haben sollte <sup>71)</sup>. Der „Brief an die Führer der Sowjetunion“ hat unter den Dissidenten eine heftige Polemik ausgelöst, in der sich auch Medwedjew und Sacharow kritisch zu Wort meldeten.

Tatsächlich sind viele Aussagen Solschenizyns anfechtbar, sogar falsch, allerdings schießen manche seiner Kritiker ebenfalls übers Ziel. Hinter der Polemik vor allem gegen den „Brief an die Führer der Sowjetunion“ stand möglicherweise die Sorge, daß viele Gedanken Solschenizyns in breiten Bevölkerungsteilen der Sowjetunion auf fruchtbaren Boden fallen könnten <sup>72)</sup>. Der Autor des „Archipel GULag“

<sup>60)</sup> Ebd., S. 47.

<sup>70)</sup> Ebd., S. 55.

<sup>71)</sup> R. Medwedjew (Hg.), Aufzeichnungen aus dem sowjetischen Untergrund, S. 80.

<sup>72)</sup> V. Belocerkovskij, *Demokratičeskije alternativy*, S. 188 ff.; A. Sacharow, *O strane i mire* New York 1976, S. 119 f. Auf die umfassende Kritik Sacharovs reagierte Solschenizyn mit einer Stellungnahme in „Kontinent“ (deutsche Ausgabe), Nr. 2, S. 372 ff. Sacharow unterstrich noch einmal kurz seinen Standpunkt. Vgl. A. Sacharow, *Mein Land und die Welt*, S. 52 f.

<sup>60)</sup> Ebd., S. 29. A. Solschenizyn, *Offener Brief an die sowjetische Führung*, S. 49 f.

<sup>61)</sup> Solschenizyn, *Offener Brief . . .*, S. 51.

<sup>62)</sup> Ebd., S. 52 f.

hatte in den Augen seiner Opponenten fast die Gestalt eines Propheten angenommen, der mit seinen Anrufen zur nationalen Selbstbeschränkung ungewollt einem großrussischen Chauvinismus Vorschub leistete. Einige Dissidenten beschworen sogar schon die Gefahr, daß es in der Sowjetunion, wenn eine krisenhafte Situation herangereift sei, zu einem „historischen Kompromiß“ zwischen Kommunisten und den Christlich-Nationalen kommen könnte<sup>73)</sup>.

Auch im Westen urteilt man seit 1974 häufig sehr abfällig über den einst so geschätzten Autor der „Krebsstation“ und des „Ersten Kreises“. Manchen galt Solschenizyn schon als Reaktionär. W. Brandt erwähnte einmal indigniert „Mystiker in der säkulären Gestalt rückwärts gewandter Nationalisten“<sup>74)</sup>, womit er eigentlich nur Solschenizyn gemeint haben dürfte. Viele waren von Solschenizyn, den man für ein politisches Neutrum oder sogar für einen heimlichen Sozialisten gehalten hatte, tief enttäuscht, als er 1974 sein politisches Credo vorgetragen hatte. Als einer der wenigen „Linken“ hat H. Böll versucht, seinen sowjetischen Schriftstellerkollegen in Schutz zu nehmen<sup>75)</sup>.

Vielfach wird Solschenizyn als prinzipieller Gegner der Demokratie gesehen. In Wirklichkeit hatte er nur davor gewarnt, im parlamentarischen System den *einzigsten* Ausweg zu sehen<sup>76)</sup>. Dem Einwand, daß seine Vorschläge im besten Fall doch nur Zukunftsmusik seien, konnte er mit dem Hinweis begegnen, daß letzten Endes auch keine Anzeichen darauf hindeuteten, daß eine demokratische Republik westlichen Stils möglich sei<sup>77)</sup>.

Intellektuelle, die nicht in die Gesellschaft integriert sind, neigen dazu, Utopien für realistisch zu halten. Das galt für die Schriftsteller, Denker und Revolutionäre des zaristischen Rußland genauso wie für einige Dissidenten der Sowjetunion. Solschenizyn ist Moralist, der jedoch, wie oft befürchtet wird, bereits mit einem Bein auf dem Boden der Politik steht. Die Staatsverfassung erscheint ihm als zweit-rangig („Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist“), entscheidend ist in seinen Augen die innere Freiheit. Gefährlich sei das sowjetische System nicht, weil es undemokratisch, sondern

weil es verlogen sei und Anspruch auf die Seele erhebe<sup>78)</sup>.

Vor dem moralischen Rigorismus Solschenizyns wird kein Staat bestehen können — heute und morgen nicht. Die Aufrufe zur Umkehr seines Landes werden sicher verhallen wie die radikalen Forderungen engagierter Christen in Deutschland nach 1945.

Auf der Seite Solchenizyns stehen nicht nur Mitarbeiter des von ihm herausgegebenen Sammelbandes „Unter den Erdschollen hervor“, unter denen sich I. Schafarewitsch befindet, der ein korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften in der UdSSR ist. Auch W. Ossipow, der ehemalige Herausgeber der Samisdat-Zeitschrift „Wetsche“, hat eine Lanze für Solschenizyn gebrochen<sup>79)</sup>.

Nicht zu verkennen ist eine gewisse Verwandtschaft zwischen den Vorstellungen Solchenizyns und dem Programm der „Allrussischen sozial-christlichen Union zur Befreiung des Volkes“, einer Organisation, die von 1964 bis 1967 im Untergrund tätig war<sup>80)</sup>.

Dieses Programm, in das u. a. Einflüsse von N. Berdjajew, W. Röpke und M. Djilas eingegangen sind, sah im Kommunismus einen aus der Art geschlagenen Abkömmling des materialistischen Kapitalismus<sup>81)</sup>. Während aber der Kapitalismus sich von seinen negativsten Begleiterscheinungen befreit und einen hohen Lebensstandard erreicht habe, sei der Kommunismus völlig unfähig zu einer inneren Reform. Das sowjetische Regime sollte nach dem Willen der „Allrussischen sozial-christlichen Union“ in einem nach Möglichkeit unblutigen Coup d'état gestürzt werden<sup>82)</sup>.

Die Mitglieder dieser Geheimorganisation strebten eine theokratische Staatsordnung an, ohne Parteien, mit kommunaler Selbstverwaltung und legaler Opposition. Alle Parteien wurden verdächtigt, den Willen der Bevölkerung zu verfälschen und zu monopolisieren<sup>83)</sup>. Die Gesellschaft sollte ohne die Mittlerfunktion der Parteien in direktem Kontakt mit den obersten Organen des Staates stehen. Vorge-

<sup>73)</sup> V. Belocerkovskij, *Demokratiečeskie alternatyvy*, S. 200, 8.

<sup>74)</sup> W. Brandt, in: *Die Zeit*, 26. 8. 1977.

<sup>75)</sup> L 76, Nr. 1, S. 173 ff. Vgl. auch H. von Ssachno, *Die Dissidenten*, in: L 76, Nr. 4, S. 117 ff.

<sup>76)</sup> A. Solschenizyn u. a., *Stimmen aus dem Untergrund*, a. a. O., S. 29.

<sup>77)</sup> Ebd., S. 31.

<sup>78)</sup> Ebd.

<sup>79)</sup> AS, Nr. 1696 und 1760.

<sup>80)</sup> Zur Geschichte dieser Gruppe: J. B. Dunlop, *The New Russian Revolutionaries*, Belmont 1976. Das Programm in: VSChSON, *Programma*, sud, v tjurmach i lagerjach, Paris 1975, S. 31 ff.

<sup>81)</sup> VSChSON, S. 32.

<sup>82)</sup> Ebd., S. 34.

<sup>83)</sup> Ebd., S. 74.

sehen war die Trennung von vier Gewalten: der Legislative, der Exekutive, der überwachenden Macht (bljustitelnaja vlast) und der Judikative <sup>84)</sup>.

Dieses Programm wollte durchaus nicht andere politische Programme von vornherein ausschließen. Erst nach dem Sturz des Kommunismus sollte die Entscheidung über eine künftige Verfassung des Landes fallen <sup>85)</sup>.

Solschenizyn unterscheidet sich natürlich in vielem von der „Allrussischen christlich-sozialen Union“. In mindestens drei Punkten dürften jedoch die Gemeinsamkeiten zwischen ihm und dem Programm deutlich sein: in der Abneigung gegen das Parteienwesen, in der Annahme, daß nur das Christentum die Basis für eine Erneuerung der Sowjetunion sein kann, und schließlich in dem unterschweligen Glauben, daß die Russen von Natur religiös sind.

## VIII. Die Dissidenten auf dem Rückzug

Seit 1972 rückten die sowjetischen Behörden den Dissidenten stärker zu Leibe. Immer mehr Regimekritiker und Nonkonformisten zogen es vor, ins Ausland zu gehen. Andere, wie Solschenizyn, wurden zwangsweise exiliert. Die in der Sowjetunion verbliebenen Dissidenten unterlagen immer neuen Einschüchterungsversuchen oder Repressalien.

Ein besonderes Beispiel für das unaufhaltbare Zurückdrängen des Einflusses von Oppositionellen bot Leningrad, wo unter der Ägide des ehrgeizigen G. Romanow offensichtlich der Nonkonformismus bereits im Keim erstickt werden soll. Hier verlor beispielsweise 1974 E. Etkind, dem nichts Handfestes zur Last gelegt werden konnte, fast über Nacht seinen Lehrstuhl, seinen Professorentitel und die Mitgliedschaft im Schriftstellerverband <sup>86)</sup>. Im besten Fall konnte man dem Gemäßigten etwa vorwerfen, daß er Kontakt zu J. Brodskij oder Solschenizyn gehabt hatte.

Angesichts des wachsenden Drucks von oben gaben die Dissidenten die Diskussion über die politischen Programme mehr oder weniger auf und wandten sich einer näherliegenden Aufgabe zu: dem Schutz der Menschenrechte. Die Schlußakte von Helsinki kam den Dissidenten als moralische Hilfe in ihrem Abwehrkampf gegen die Übergriffe des sowjetischen Regimes wie gerufen. Im Mai 1976 wurde in Moskau von elf Bürgerrechtlern die „Öffentliche Gruppe zur Förderung der Erfüllung der Abmachungen von Helsinki in der UdSSR“ gegründet, deren erklärtes Ziel es war, die Verletzung der in Helsinki als schutzwürdig angesehenen Menschenrechte und Grundfreiheiten (Korb I, Prinzip VII) sowie Verstöße gegen die im dritten Korb der Schlußakte anvisierte Zusammenarbeit zu registrieren und den Regierungschefs der KSZE-Teilnehmer-

staaten wie auch der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen <sup>87)</sup>. Es wurde angeregt, die krassesten Verstöße gegen die Menschenrechte von internationalen Kommissionen prüfen zu lassen. Weitere Helsinki-Gruppen entstanden in der Ukraine, in Georgien und Litauen <sup>88)</sup>. Insbesondere das Moskauer Komitee machte in einer Reihe von Dokumenten auf die Verfolgung von Dissidenten, die Haftbedingungen in Lagern und Gefängnissen, den Mißbrauch der Psychiatrie, auf Fälle von Familientrennung und ähnliche Verstöße aufmerksam.

Um die Jahreswende von 1976/77, also noch vor dem Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten Carter, scheint auf hoher Parteiebene die Entscheidung gefallen zu sein, den Aktivitäten der Dissidenten sehr enge Grenzen zu setzen oder sogar ein Ende zu machen <sup>89)</sup>. Am 24. Dezember 1976 wurden in Kiew (das bei den beginnenden Repressalien eine Vorreiterrolle übernahm) und am 4. Januar 1977 in Moskau bei Mitgliedern der Helsinki-Komitees Hausdurchsuchungen durchgeführt, bei denen belastendes Material gesucht und nach Aussage der Betroffenen teilweise unterschoben wurde <sup>90)</sup>.

Ab Februar 1977 wurden dann A. Ginzburg, Ju. Orlow, A. Schtscharanskij (Moskauer Gruppe), M. Rudenko und O. Tichyj (ukrainische Gruppe) verhaftet. Schtscharanskij wurde sogar Spionage für die USA vorgeworfen. Er hätte dementsprechend mit den höchsten Strafen, die die Sowjetunion kennt, belegt werden können. Breshnew hielt es im März 1977 für angebracht, zum Problem der Dissidenten Stellung zu nehmen <sup>91)</sup>. Er trennte die Schafe von den Böcken: Kritiker würden an sich durchaus nicht als gefährlich empfunden,

<sup>87)</sup> AS, Nr. 2542.

<sup>88)</sup> AS, Nr. 2903.

<sup>89)</sup> Newsweek, 20. 6. 1977, S. 24. AS, Nr. 2858.

<sup>90)</sup> AS, 2848.

<sup>91)</sup> Pravda, 22. 3. 1977.

<sup>84)</sup> Ebd.

<sup>85)</sup> Ebd., S. 77.

<sup>86)</sup> E. Etkind, in: Süddeutsche Zeitung, 7./8. 1. 1978.

diejenigen aber, die sich gegen das sozialistische System auflehnten, die sich auf antisowjetische Aktivitäten einließen, Gesetze verletzen oder sich der Unterstützung durch das Ausland versicherten, würden strafrechtlich verfolgt.

Die Wirklichkeit erwies sich jedoch als problematischer, als es die Worte des sowjetischen Generalsekretärs vermuten ließen. Es war nur zu leicht, Andersdenkenden antisowjetische Agitation und Propaganda vorzuwerfen oder sogar einen Zusammenhang zwischen einem Kritiker und ausländischen „subversiven Zentren“ zu konstruieren. Das zeigte sich in den jüngsten Gerichtsverfahren gegen die Dissidenten. Rudenko und Tichyj, beide von der ukrainischen Helsinki-Gruppe, wurden am 1. Juli 1977 zu sieben bzw. zehn Jahren Lagerhaft und zu je fünf Jahren Verbannung verurteilt. Zwei weitere Mitglieder der ukrainischen Helsinki-Gruppe erhielten im März 1978 ähnlich hohe Strafen.

Im Mai 1978 diktierten die sowjetischen Behörden Orlow sieben Jahre Arbeitslager und fünf Jahre Verbannung zu. Diesmal äußerte man im Westen scharfe Kritik am sowjetischen Vorgehen. Das Schicksal A. Schtscharanskis hätte die Entspannungspolitik noch stärker gefährden können. Der amerikanische Präsident Carter hat bestritten, daß zwischen dem Beschuldigten und dem CIA eine Verbindung bestanden habe<sup>92)</sup>. Schtscharanskij erhielt im Juli 1978 eine Strafe von drei Jahren Gefängnis und zehn Jahren Arbeitslager. Ginzburg wurde zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt. Die hohen Strafen sollten für das In- und Ausland signalisieren, daß die Forderungen der Dissidenten als unannehmbar angesehen wurden.

Technisch ist es für die sowjetischen Behörden nicht schwer, die Dissidenten, deren Namen und Adressen bekannt sind, zum Schweigen zu bringen. Die Zahl der Regimekritiker, die bereit sind, für ihre Ziele Kopf und Kragen zu riskieren, ist ohnehin stark zusammengeschmolzen. Selbst wenn man aber die Dissidenten völlig ausschalten würde, gäbe es keine Garantie dafür, daß nicht neue Regimekritiker nachwüchsen. Erst in jüngster Zeit ha-

ben Arbeiter versucht, eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen<sup>93)</sup>.

Sehr schwierig, wenn nicht unmöglich dürfte es für die sowjetische Führung sein, der latenten Unruhe in einigen Nationalitäten Herr zu werden, es sei denn, man kehrte zu stalinistischen Methoden zurück. Das wurde im April 1978 wieder deutlich, als dem Vernehmen nach eine größere Menschenmenge in Tiflis dagegen demonstrierte, daß im neuen Verfassungsentwurf Georgiens der Hinweis fehle, wonach Georgisch die Staatssprache ist<sup>94)</sup>.

Wie weit man auch künftig den Spielraum der Dissidenten einengen mag, es spricht vieles dafür, daß das kritische Denken in der Sowjetunion nie mehr völlig ausgelöscht werden kann. Selbst wenn der Vorhang ganz über die Dissidentenszene fallen sollte, wäre über kurz oder lang mit einer neuen Generation von Dissidenten zu rechnen. Das Beispiel eines Sacharow, R. Medwedjew oder eines Solchenizyn wird nicht ohne Folgen im Geistesleben der Sowjetunion bleiben.

Mehr als zehn Jahre haben die Systemkritiker offen ihre Ansichten vertreten. Manche ihrer Vorstellungen mögen naiv sein, was sich daraus erklärt, daß die Dissidenten in ihren politischen Überlegungen an einem Nullpunkt beginnen mußten. Ihnen fehlte jede politische Literatur, die ihnen eine Alternative zur Herrschaft der KPdSU hätte eröffnen können. Sie hatten nur die bedrückenden Erfahrungen aus der Zeit Stalins, Chruschtschows und schließlich auch aus der unmittelbaren Gegenwart. Anders als in Spanien und in Portugal konnten die oppositionellen Kräfte nicht an die Tradition früherer Parteien anknüpfen. Von den Menschewisten und Sozialrevolutionären ist in der Erinnerung der sowjetischen Bürger kaum mehr als eine ungenaue Erinnerung geblieben. In den letzten zwölf Jahren aber haben die Dissidenten eine reiche Literatur mit Reformvorschlägen vorgelegt, die für kommende Dissidenten zum Ausgangspunkt neuer Überlegungen und Wege werden können.

<sup>92)</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. 3. 1978.

<sup>93)</sup> Newsweek, 6. 2. 1978

<sup>94)</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 4. 1978.

# Grundtendenzen der sowjetischen Außenpolitik im südlichen Afrika

## I. Ausweitung des Ost-West-Konflikts in Afrika

Die Eskalation des sowjetisch-kubanischen Engagements am Horn von Afrika hat den seit dem offenen Eingreifen Kubas im angolanischen Bürgerkrieg bestehenden Eindruck bestätigt, daß die Sowjetunion Afrika derzeit für ein erfolgversprechendes Feld hält, um ihren Machtanspruch sowohl gegenüber dem Westen als auch gegenüber China zu demonstrieren.

Zwei Grundtatsachen der innerafrikanischen Situation, die Afrika in den nächsten Jahren, vielleicht sogar Jahrzehnten, zu einem der internationalen Krisenherde machen werden, kommen ihr dabei entgegen. An erster Stelle ist der Kampf um die noch verbliebenen Bastionen weißer Vorherrschaft im südlichen Afrika zu nennen, insbesondere in der Republik Südafrika. Ein derartiger Konflikt spielt der sowjetischen Politik in die Hände, da sie eine gegenüber dem Status quo aggressive, solche Konflikte bewußt aufgreifende Ideologie und die entsprechende militärische Unterstützung anzubieten hat. Zweitens bieten die ethnischen und sozio-ökonomischen Probleme Schwarzafrikas und die daraus resultierenden Schwierigkeiten einer Konsolidierung der verschiedenen Regionen als staatliche und gesellschaftliche Einheit (nation-building) für die Einmischung außerafrikanischer Mächte zahlreiche Ansatzpunkte. Die Verführung ist groß, solche Eingriffsmöglichkeiten immer wieder zu einer Veränderung der Kräfteverteilung auch im internationalen System auszunutzen.

Ein Teil der vor allem sicherheitspolitisch orientierten Publizistik im Westen hat vor diesem Hintergrund den Ost-West-Antagonismus zu einem dominierenden Faktor der Entwicklungen im südlichen Afrika

stilisiert. Zuweilen wird ein fast apokalyptisches Bild des sowjet-kommunistischen Vormarsches in Afrika gezeichnet. Die Tatsache, daß die Sowjetunion trotz der Entspannungspolitik nie aufgehört hat zu verkünden, daß für sie der Befreiungskampf in der Dritten Welt ein entscheidender Beitrag zur Verschiebung des globalen Kräfteverhältnisses ist, trägt zu dieser Haltung ebenso bei wie die im südlichen Afrika lagernden Rohstoffe und die Bedeutung der Kaproute für die westeuropäische Ölversorgung. Da im Westen Öffentlichkeit und außenpolitische Elite mit der kommunistischen Bedrohung weit vertrauter sind als mit den ethnischen, sozialen und politischen Besonderheiten der Völker Afrikas, fördert dies noch die gängige Betrachtungsweise, nicht zuletzt in der Bundesrepublik Deutschland. Das führt manchmal zu derartig verzerrten Vorstellungen vom sowjetischen Einfluß in Afrika, daß zwar der spektakuläre Bündniswechsel der Sowjetunion am Horn von Afrika wahrgenommen wird, kaum aber die strategisch nicht minder wichtige Beschneidung der sowjetischen Nutzungsrechte des Hafens und des Flugplatzes von Conakry seit der Wiederannäherung Guineas an das frankophone Afrika. Es erklärt auch, warum die Propaganda des weißen Regimes in Südafrika, das letzte „Bollwerk der freien Welt in Afrika“ zu sein, bei uns noch so häufig Gehör findet. Problematisch an dieser Sichtweise ist vor allem eines: Dadurch, daß die relativ große Eigenständigkeit innerafrikanischer Entwicklungen verkannt und ausgeblendet wird, verstärkt sich die Gefahr, daß genau die Ebenen, Handlungsspielräume und Nuancen der afrikanischen Szene verfehlt werden, die für eine erfolgreiche Afrikapolitik des Westens ausschlaggebend sind.

Eine Begründung dieser These erfordert die Beantwortung der Frage, welches für den Westen im militärischen, ökonomischen und ideologisch-ordnungspolitischen Bereich tatsächlich die längerfristig neuralgischen Punkte der sowjetischen Einflußnahme auf das südliche Afrika sind. Dazu sollen nachfolgend einige Überlegungen angestellt werden. Aus-

---

Es handelt sich um die erweiterte und aktualisierte Fassung des Aufsatzes „Die sowjetische Außenpolitik im südlichen Afrika — eine Bedrohung des Westens?“, in: Polarität und Interdependenz — Beiträge zu Fragen der Internationalen Politik (Band 1 der Reihe Internationale Politik und Sicherheit), Baden-Baden 1978, S. 391—410.

geklammert bleiben in dieser kurzen Abhandlung Fragen der sowjetisch-chinesischen Konkurrenz, obwohl sie ohne Zweifel ein entscheidender Beweggrund für das sowjetische

Engagement in Afrika sind<sup>1)</sup>, und die Frage, in welchem Verhältnis das kubanische Engagement zur sowjetischen Einflußnahme auf Afrika steht<sup>2)</sup>.

## II. Das südliche Afrika und die maritime Präsenz der Sowjetunion im Indischen Ozean

Bei der Diskussion um die maritime Präsenz der Sowjetunion im Indischen Ozean werden zwei Aspekte leicht vergessen<sup>3)</sup>. Einmal kann die Sowjetunion im Einklang mit der geltenden Ordnung des Völkerrechts und der dem entspannungspolitischen Bipolarismus zwischen den Supermächten zugrunde liegenden macht- und ordnungspolitischen Ratio durchaus für sich in Anspruch nehmen, ein legitimes Interesse an einer gewissen militärischen Präsenz im Indischen Ozean zu haben. Die Sowjetunion betont hier vor allem

— die Sorge vor einer Bedrohung des sowjetischen Territoriums vom Indischen Ozean aus durch amerikanische, mit Kernwaffen ausgerüstete U-Boote;

— die Notwendigkeit, der eigenen kommerziellen Nutzung des Indischen Ozeans einen gewissen militärischen Schutz zu bieten. Hier geht es um die relativ reichen Fischgründe vor den Küsten des östlichen und südlichen Afrika<sup>4)</sup>. Anzumerken ist hier auch die Bedeu-

tung der Kaproute für die Schifffahrt der Sowjetunion, da sie die einzige, das ganze Jahr über eisfreie Seeverbindung zwischen dem europäischen und dem fernöstlichen Rußland ist<sup>5)</sup>.

Der andere, ungleich wichtigere Aspekt der sowjetischen Präsenz im Indischen Ozean ist der der Kontrolle der westlichen Schifffahrt auf der Kaproute. Über sie gehen fast 70 vH des westeuropäischen Rohölbedarfs sowie eine Anzahl weiterer wichtiger Rohstoffe.

Obwohl die Bedrohung der Kaproute in der westlichen Publizistik viel Popularität genießt, sprechen mehrere Gründe dagegen, daß ihre umfassende oder begrenzte Unterbrechung durch sowjetische Einheiten für absehbare Zeit ein wirklichkeitsnahes Szenarium ist. Einmal reicht die militärische Stärke der Sowjetunion im Indischen Ozean — vor allem wenn man berücksichtigt, daß die sowjetische Führung im militärischen Bereich traditionell zu einer „low risk“-Politik neigt — für derartige Aktionen nicht aus<sup>6)</sup>. Gewaltsame Unterbrechungen des Seeverkehrs würden sofort die in der Region stationierten westlichen Verbände (USA, Frankreich, Großbritannien) und die amerikanische Pazifikflotte auf den Plan rufen. Sie verfügen, im Gegensatz zu den sowjetischen Einheiten, über die notwendige Luftunterstützung bei der taktischen Kampfführung und Aufklärung. Auch das Eingreifen regionaler Kräfte (Iran, Saudi-Arabien) müßte von der Sowjetunion einkalkuliert werden.

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu Colin Legum, *The Soviet Union, China and the West in Southern Africa*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 55, No. 4 (Juli 1976), S. 745 bis 762.

<sup>2)</sup> Vgl. John A. Marcum, *Lessons of Angola*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 54, No. 3 (April 1976), S. 407—425; Wolf Grabendorff, *Das außenpolitische Profil Kubas nach der Intervention in Angola*, Ebenhausen, Dezember 1976 (SWP-AP 2121), sowie Manfred Wöhlcke, *Modellexport und Revolutionshilfe: Umfeld und Motivationsanalyse des kubanischen Engagements in der Dritten Welt*, Ebenhausen, September 1978 (SWP-AP 2189).

<sup>3)</sup> Die Bemühungen der Sowjetunion, im Indischen Ozean zu einer größeren maritimen Machtentfaltung zu gelangen, setzten schon zu Beginn der sechziger Jahre ein. Sie gipfelten aber erst 1969 in der ständigen Abordnung sowjetischer Überwasserstreitkräfte in den Indischen Ozean: Vgl. Alvin J. Cottrel/R. M. Burrell, *Soviet-US-Naval Competition in the Indian Ocean*, in: *Orbis*, Vol. 18, No. 4 (Winter 1975), S. 1109—1128 (1112); ausführlicher zur Problematik des Indischen Ozeans vgl. Dieter Braun, *Der Indische Ozean als Aktionsfeld der Supermächte*, in: *Polarität und Interdependenz — Beiträge zu Fragen der internationalen Politik* (hrsg. v. d. Stiftung Wissenschaft und Politik), Baden-Baden 1978, S. 337 ff.

<sup>4)</sup> Vgl. Chester A. Crocker, *Africa and the Indian Ocean*, in: *Orbis*, Vol. 20, No. 3 (Herbst 1976), 637—667 (652).

<sup>5)</sup> Der Anteil des über die südlichen Routen laufenden Transportvolumens liegt zwar unter 1 vH. Im Falle eines länger andauernden Konflikts mit China kann diese Route wegen der leichten Zerstörbarkeit der Transsibirischen Eisenbahn dennoch größere Bedeutung erhalten; vgl.: *Australia and the Indian Ocean Region*, Report from the Senate Standing Committee of Foreign Affairs and Defence, Canberra 1976, S. 188 f.

<sup>6)</sup> Vgl. hierzu ebd., S. 114: „The typical deployment in recent years has consisted of a guided-missile destroyer, two destroyer escorts, attack submarine, two mine sweepers, intelligence collector, tank-landing ship and support vessels, including three oilers, support ship and barracks ship.“

Gegenwärtig sind die sowjetischen Einheiten im Indischen Ozean lediglich so stark wie die französischen <sup>7)</sup>.

Zum anderen dürfte der sowjetischen Führung klar sein, daß ein derartiger Schritt, da er eine Lebensader des Westens trafe, das Vorspiel zu dem von ihr selbst nicht gewollten Dritten Weltkrieg sein könnte. Im Hinblick auf einen globalen Konflikt gäbe die Sowjetunion durch die Eröffnung von kriegerischen Aktionen gerade im Indischen Ozean zudem einen entscheidenden globalstrategischen Vorteil aus der Hand, nämlich das zu ihren Gunsten bestehende Überraschungsmoment in Mitteleuropa. Ferner müßte sie bei jeder Art von Übergriffen auf die Kaproute mit westlichen Vergeltungsschlägen gegen für sie wichtige Seeverbindungen in anderen Regionen der Welt rechnen.

Dagegen kann man mit einiger Sicherheit davon ausgehen, daß es von Anfang an eine mit der sowjetischen Präsenz im Indischen Ozean verbundene Zielsetzung gewesen ist, westlichen, insbesondere amerikanischen Interventionen in innerafrikanischen Konflikten entgegenzuwirken. Angesichts des Rohstoffreichtums im südlichen Afrika, insbesondere in der Südafrikanischen Republik, wird die sowjetische Führung derartige Interventionen trotz der von der Regierung Carter und Westeuropa vollzogenen politischen Wende gegenüber Südafrika nach wie vor nicht ausschließen wollen. Das darf allerdings über eines nicht hinwegtäuschen: Auch aus sowjetischer Sicht liegt im nächsten Jahrzehnt das im Vergleich zum südlichen Afrika weit wichtigere Konfrontationsfeld strategischer Interessen der Sowjetunion und der USA im Persischen Golf aufgrund seiner Ölreichtümer. Vom Nahen Osten aus erstreckt sich deswegen über das Horn von Afrika und den Persischen Golf ein strategisches Kontinuum bis zum südlichen Afrika, das hier aber stark an Intensität verliert.

Der sowjetischen Führung geht es indessen auch darum, selbst ein Potential für begrenzte Interventionen an der Hand zu haben. Die Erfahrungen in Angola und nun vor allem am Horn von Afrika haben das illustriert. Eventuelle sowjetische Interventionen darf man sich wegen der Anwesenheit westlicher Seestreitkräfte und der Rückwirkungen auf die internationale Öffentlichkeit, insbesondere in der Dritten Welt, allerdings kaum als ein di-

<sup>7)</sup> Helmut Heinzlmeir, Der Indische Ozean in der Weltpolitik, in: Marine-Rundschau, Nr. 5 (1978), S. 301—309 (307).

rektes Anlanden sowjetischer Verbände vorstellen <sup>8)</sup>. Das Bestreben der sowjetischen Führung richtet sich wohl mehr darauf, bestimmte Einwirkungsformen auf innerafrikanische Konflikte, wie massive Waffenlieferungen, die Entsendung militärischer Berater oder das Anlanden oder Einfliegen von Truppen befreundeter Staaten, militärisch absichern zu können. Hier sind natürlich vor allem kubanische Kampfeinheiten zu nennen. (An dieser Stelle wird bewußt nicht von einer „Stellvertreter“-Rolle der Kubaner gesprochen. Das wäre eine irreführende Klassifizierung des Verhältnisses zwischen sowjetischer und kubanischer Afrikapolitik.) Bei dem Eingreifen kubanischer Truppen in den angolischen Bürgerkrieg waren vor der Küste Angolas angeblich ein sowjetischer Raketenzerstörer, ein großes Landungsboot sowie das größte Versorgungsschiff der sowjetischen Flotte postiert <sup>9)</sup>. Der Ausbau der über die Flugrouten im Nahen Osten führenden sowjetischen Lufttransportkapazitäten und die maritime Präsenz müssen deswegen im Hinblick auf diese Interventionsfähigkeit der Sowjetunion in engem Zusammenhang gesehen werden.

Neben der Verbesserung gezielter Einwirkungsmöglichkeiten kommt es der sowjetischen Führung weiter darauf an, durch das mit der Präsenz ihrer Einheiten verbundene „Flagge-Zeigen“ auf das machtpolitische Klima in der Region Einfluß zu nehmen. Der politisch-psychologischen Bedeutung militärischer Machtsymbole wird in der sowjetischen Außenpolitik bekanntlich ein hoher Stellenwert eingeräumt. Ob das angesichts der Empfindlichkeit der meisten Afrikaner gegen Symbole äußerer Bevormundung längerfristig tatsächlich in der von der Sowjetunion erhofften Richtung wirkt, ist allerdings sehr zweifelhaft. Sowjetische Afrikaexperten sind sich dieser Empfindlichkeit bewußt. Das militärische Engagement Kubas als einem Vertreter der Dritten Welt ist für sie deswegen besonders wertvoll.

Und schließlich hat die Region des Indischen Ozeans eine entscheidende Bedeutung bei dem Wettlauf der Supermächte, die südliche

<sup>8)</sup> Darf man den entsprechenden Presseberichten trauen, so ist die Sowjetunion inzwischen aber immerhin schon so weit gegangen, daß sie durch die Beschießung Massauas von sowjetischen Kriegsschiffen aus direkt in die Auseinandersetzung zwischen den eritreischen Rebellen und dem Regime in Addis Abeba eingegriffen hat (vgl. z. B. Neue Zürcher Zeitung vom 26. 5. 1977, S. 4).

<sup>9)</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 6. 5. 1977, S. 23.

Hälfte des Globus mit see-, land- und welt- raumgestützten (Satelliten) Mitteln möglichst lückenlos zu überwachen (u. a. Frühwarnung im Hinblick auf feindliche Interkontinentalraketen) sowie ein umfassendes Kommunikationssystem für den militärischen und zivilen Seeverkehr aufzubauen. Hier befinden sich die USA, insbesondere seit die Sowjetunion ihre Fernmeldeanlagen in Berbera verloren hat, mit ihren Anlagen in Australien, Diego García, auf den Seychellen etc. in einer ungleich besseren Ausgangsposition.

Ein weiterer für den Westen neuralgischer Punkt der sowjetischen Afrikapolitik ergibt sich aus logistischen Problemen der sowjetischen Flotte im Indischen Ozean. Ohne ausreichende Hafennutzungsrechte oder Stützpunkte ist die Versorgung der hier stationierten Einheiten für die Sowjetunion eine sehr kostspielige, in Kriegs- und Krisenzeiten vielleicht sogar unlösbare Aufgabe<sup>10)</sup>. Darüber hinaus sind diese Einheiten im Falle eines militärischen Konflikts im Indischen Ozean einer tödlichen Gefahr ausgesetzt. Die sowjetische Flotte verfügt nach wie vor kaum über einen mobilen, das heißt trägergestützten Luftschirm<sup>11)</sup>. Auch das ist Folge der Tatsache, daß die Kriegsmarine in der strategischen Planung der Sowjetunion lange Zeit nur die Rolle einer „coastal defence force“

hatte<sup>12)</sup>. Ihre Einheiten müssen deswegen, wenn sie fernab der Sowjetunion operieren, auf die notwendige Luftunterstützung bei der taktischen Kampfführung und Aufklärung verzichten. Das macht sie, wie schon angedeutet wurde, im Falle einer direkten Konfrontation äußerst verwundbar.

Zwangsläufig muß sich deswegen ein Hauptaugenmerk der sowjetischen Außenpolitik darauf richten, an den Küsten Afrikas Hafennutzungsrechte oder Stützpunkte eingeräumt zu bekommen. Letzteres ist ihr bisher nicht gelungen<sup>13)</sup>. Dabei kann ihr allerdings allein die vertragliche Zusicherung derartiger Rechte nicht genügen. Einen strategischen Wert haben diese für die Sowjetunion erst dann, wenn sie ihr auch in Krisen- und Konfliktzeiten nicht ohne weiteres entzogen werden können. Das heißt, daß die Regime in den jeweiligen Küstenstaaten innen- und außenpolitisch in eine Einflußstruktur zugunsten der Sowjetunion eingebettet werden müssen. (Das gilt für westliche Stützpunkte natürlich ähnlich.) Hierbei spielt neben der umfangreichen Lieferung sowjetischer Waffen die ideologisch-ordnungspolitische Einflußnahme der Ostblockstaaten auf sozialistisch orientierte Regime und Bewegungen in Afrika eine entscheidende Rolle. Darauf wird noch genauer eingegangen.

### III. Die RGW-Staaten und die Rohstoffe im südlichen Afrika

Strukturen, Daten und längerfristige Entwicklungstendenzen der ökonomischen Beziehungen zwischen den Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und denen der Dritten Welt sind bis jetzt im Westen nur vereinzelt untersucht worden. Es lassen sich daher nur schwerlich zuverlässige Aussagen über die Bedeutung des südlichen Afrika als Rohstoffversorger für den RGW einerseits und als Markt für Güter aus dem RGW andererseits machen.

Ähnlich wie bei den militärstrategischen Fragen wird auch im ökonomischen Bereich die *Unsicherheit über Absichten und Möglichkeiten des östlichen Vorgehens* bei westlichen Beobachtern vielfach in der Weise überspielt, daß der *denkbar schlimmste Fall im Spektrum möglicher sowjetischer Zielsetzungen zu dem*

*in Wirklichkeit wahrscheinlichsten* hochstilisiert wird. So neigt auch hier ein Teil der sicherheitspolitisch orientierten Literatur sehr schnell zu der Vermutung, daß es der Sowjetunion letztlich — und nicht nur auf der propagandistischen Ebene — darum gehe, den Westen von den Rohstoffen im südlichen Afrika abzuschneiden. Das wäre ein weiterer Schritt auf dem Wege, das kapitalistische System zum Einsturz zu bringen. Anlaß für diese Vermutung ist die Tatsache, daß eine gewisse Abhängigkeit der westlichen Industrie von den Rohstoffen des südlichen Afrika be-

<sup>10)</sup> Vgl. Crocker, *Africa and the Indian Ocean*, a. a. O., S. 652.

<sup>11)</sup> Das Verhältnis zwischen der Ausrüstung der amerikanischen und sowjetischen Flotte mit Flugzeugträgern beträgt gegenwärtig 13:1.

<sup>12)</sup> Vgl. Admiral Standsfield Turner, *The Naval Balance: Not Just a Number's Game*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 56, No. 2 (Jan. 1977), S. 339—354 (342).

<sup>13)</sup> Auch Berbera in Somalia war im eigentlichen Sinne kein Stützpunkt. Der durchaus wichtige Unterschied zwischen Nutzungsrechten und Stützpunkten geht in westlichen Darstellungen häufig unter. Stützpunkte stellen eine sowohl rechtlich als auch faktisch sehr viel massiver abgesicherte Form der Präsenz und Nutzung dar.

steht<sup>14)</sup>. Von anderer Seite ist allerdings darauf hingewiesen worden, daß diese Abhängigkeit durch wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Diversifizierung, Substituierung oder Vorratshaltung gemindert werden kann<sup>15)</sup>.

Es sind vor allem objektive Bedingungen des Weltmarktes, die eine derartige Manipulation des Rohstoffmarktes *im Sinne eines von der Sowjetunion gesteuerten* und gegen den Westen gerichteten Embargos praktisch unmöglich machen. Die Sowjetunion verfügt über die meisten der im südlichen Afrika vorkommenden Rohstoffe selbst in ausreichendem Maße. Die Rohstoffströme aus dem südlichen Afrika könnten deswegen ohne größere ökonomische Kosten nur in engen Grenzen in den Ostblock umgeleitet werden. Die Kosten für die Durchführung von Embargomaßnahmen würden aber sehr schnell die ökonomische Leistungsfähigkeit der afrikanischen Staaten und der Sowjetunion selbst, insbesondere auf dem Kapitalektor (Devisenmangel), übersteigen. Wie massiv die ökonomischen Zwänge dieser Staaten in deren Außenverhalten durchschlagen, belegt u. a. die Tatsache, daß der Wirtschaftsverkehr zwischen Mosambik und Südafrika trotz der totalen politischen Gegnerschaft zwischen den beiden Regimen bisher nicht unterbrochen wurde.

Ein weiteres Beispiel ist die Tatsache, daß auch nach der Machtergreifung der MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola) im angolanischen Bürgerkrieg die amerikanische Olförderung im großen und ganzen ungehindert fortgesetzt werden konnte, obwohl der amerikanische Geheimdienst gleichzeitig die FNLA (Frente Nacional de Libertação de Angola) gegen die MPLA unterstützte. Heute bewachen kubanische Truppen diese Anlagen. Kein afrikanischer Staat wird angesichts seiner internen Entwicklungsprobleme also bereit und in der Lage sein, zur Förderung sowjetischer Interessen auf das für seinen Aufbau so notwendige Deviseneinkommen aus dem Rohstoffhandel mit den westlichen Industrieländern zu verzichten.

<sup>14)</sup> Vgl. W. Ulbricht, Bergbauliche Ressourcen im Südlichen Afrika, Institut für Afrika-Kunde, Hamburg 1976. Metalle der Platingruppe, Chromerze, Manganerze, Uranerze, Vanadium, Blausäure und andere werden in diesem Zusammenhang genannt. Empfindlich ist die Abhängigkeit insbesondere bei den Chromerzen, bestimmten Metallen der Platingruppe und den Manganerzen, da sie nicht ohne weiteres durch andere Mineralien substituiert werden können.

<sup>15)</sup> Wolfgang Schneider-Barthold, Die Beurteilung der Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Republik Südafrika und zu den OAU-Staaten aus deutscher Sicht, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin 1976, S. 74 f.

Es entbehrt nicht der Ironie, daß einerseits von Südafrika und auch von westlichen Stimmen immer betont wird, wie schädlich und gefährlich für die westlichen Volkswirtschaften der Einsatz auch nur begrenzter Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika wäre, andererseits gerade dieselben häufig besonders heftig mit der Gefahr eines Rohstoffembargos durch sozialistische Regime im südlichen Afrika und die Sowjetunion argumentieren.

Auch wenn im südlichen Afrika weitere sozialistische Regime entstehen, wird der Einfluß der Sowjetunion auf die westliche Rohstoffversorgung darauf beschränkt bleiben, jene Länder bei ihren Versuchen zu unterstützen, die Rohstoffe unter für sie günstigen Bedingungen (nationale Kontrolle der Ressourcen, Preispolitik, Zusammenschluß zu Kartellen à la OPEC<sup>16)</sup> etc.) an die Industrieländer abzusetzen. Die Haltung westlicher Staaten, insbesondere der USA, Japans und der Bundesrepublik Deutschland, in der Frage eines integrierten Rohstoffprogramms hat deswegen nicht nur Bedeutung für das Nord-Süd-Verhältnis, sondern auch im Hinblick auf den längerfristigen Einfluß des Ostblocks im südlichen Afrika.

Daneben bestehen aber durchaus Gründe, die auf ein in erster Linie ökonomisch und nicht systemantagonistisch bedingtes Interesse der Sowjetunion und der übrigen RGW-Staaten an einem Zugang zu den Rohstoffen im südlichen Afrika schließen lassen. Auch ein solches Interesse steht natürlich in Konkurrenz mit dem Interesse der westlichen Industriestaaten an einer ungehinderten Rohstoffversorgung. Die Konkurrenzsituation ist aber — modellhaft vereinfacht — eine grundsätzlich andere: Im Widerstreit liegen nur begrenzte Interessen der Rohstoffbedarfsdeckung, nicht aber das unbegrenzte Interesse an einer möglichst großen Schwächung der Gegenseite im Rahmen des Systemantagonismus. Natürlich stehen in der außenpolitischen Wirklichkeit ökonomische Konkurrenz — genauer: die Konkurrenz der Rohstoffsicherungspolitiken östlicher und westlicher Staaten — und politisch-ideologischer Antagonismus nicht beziehungslos nebeneinander. Aber die Beantwortung der Frage, auf welche Bedrohungen sich der Westen im südlichen Afrika einzurichten hat, erfordert es, das unterschiedliche Gewicht dieser beiden Aspekte in der sowjetischen Außenpolitik genauer abzuschätzen.

<sup>16)</sup> OPEC = Organization of Petroleum Exporting Countries.

Die Gründe für ein *ökonomisches Eigeninteresse* der RGW-Staaten sollen hier nur mit einigen Stichworten skizziert werden:

— Unsicherheiten über die künftige Erschließbarkeit von Rohstoffen in den kälteren Regionen der Sowjetunion. Sie resultieren aus technologischen Schwierigkeiten der sowjetischen Wirtschaft und ihrer mangelhaften Kapitalausstattung<sup>17)</sup>.

— Im Zusammenhang damit: kostengünstigere Erschließung von Rohstoffen im südlichen Afrika. Im Hinblick auf den Blockzusammenhalt ist es für die Sowjetunion ein Imperativ, die Rohstoffversorgung der übrigen RGW-Staaten nicht nur sicherzustellen, sondern dabei auch die Hand im Spiel zu behalten<sup>18)</sup>. Dementsprechend findet die Erforschung von Rohstofflagerstätten in den Wirtschafts- und Entwicklungshilfebeziehungen der Sowjetunion mit den afrikanischen Staaten ein besonderes Gewicht<sup>19)</sup>.

— Schließlich die Möglichkeit, daß die RGW-Staaten an der internationalen Arbeitsteilung vorteilhafter und intensiver teilhaben als bisher, indem Rohstoffe oder andere Produkte aus dem südlichen Afrika gegen Entwicklungshilfeleistungen, militärische Ausrüstung und Industriegüter ausgetauscht werden<sup>20)</sup>.

Hinsichtlich der Absicherung dieser ökonomischen Interessen durch den Ostblock wiederholt sich allerdings ein Vorgang, dessen Problematik für den Westen schon bei den militärischen Aktivitäten der Sowjetunion angeschnitten worden ist. Die RGW-Staaten benötigen auch hier ein über die bloße Erfüllung ihrer Interessen hinausgehendes Maß an Einwirkungsmöglichkeiten, um die Strukturen zu

schaffen, innerhalb derer die ökonomische Kooperation mit den Staaten des südlichen Afrika für sie überhaupt machbar und vorteilhaft ist. *Tauschhandel* (sogenannte Barter-Geschäfte) und *Planbarkeit* sind in diesem Zusammenhang für die Staatshandelsländer des RGW von ausschlaggebender Bedeutung. Sie versuchen deswegen gerade bei Handelspartnern in der Dritten Welt, die sich für einen nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg entschieden haben, darauf hinzuwirken, daß diese ihr ökonomisches und politisches System dementsprechend einrichten. Der Abschluß von Verträgen über die Koordinierung und Beratung sowie die Unterstützung bei der Abfassung und Durchführung von Wirtschafts- und Entwicklungsplänen sind dabei ein wichtiges Instrument sowie ideologisch-politischer, unter Umständen aber auch militärischer Einfluß eine wichtige Bedingung.

Die Rohstoffe im südlichen Afrika sind deswegen — neben der oben erwähnten Einflusnahme auf eine für den Westen unbequeme Nationalisierungs-, Kartell- und Preispolitik — für die RGW-Staaten ein Ansatzpunkt, um auf die *Neuordnung der Weltwirtschaft*, genauer: auf die Schaffung eines *sozialistischen Subsystems der Weltwirtschaft*, stärker Einfluß nehmen zu können als bisher. Das kollidiert zwar mit den westlichen Bestrebungen in bezug auf die Neuordnung der Weltwirtschaft, ist aber angesichts des im Vergleich zum Westen geringen Volumens des Handels- und Wirtschaftsaustausches zwischen den RGW-Staaten und dieser Region weit weniger dramatisch als die oft im Westen gehegten Befürchtungen, durch das Engagement der Ostblockstaaten von den Rohstoffen im südlichen Afrika abgeschnitten zu werden.

#### IV. Die ideologisch-ordnungspolitischen Erwartungen der Sowjetunion

Die ideologisch-ordnungspolitischen Erwartungen der Sowjetunion im Hinblick auf das südliche Afrika sind ablesbar an den Grundformeln, mit denen seit der Ära Chruschtschow das Verhältnis der Sowjetunion zu den

Emanzipationsbestrebungen in der Dritten Welt beschrieben wird.

An erster Stelle wird in der *Doktrin vom nationalen und sozialen Befreiungskampf* auf das nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg sich immer mehr ausbreitende Anliegen der Dritten Welt hingewiesen, „to do away with the colonial regime and win political inde-

<sup>17)</sup> Für den Energiesektor erörtert dieses Problem Jochen Bethkenhagen, *Das sowjetische Westhandelspotential an Erdöl und Erdgas*, in: *Jahrbuch der Wirtschaft Osteuropas*, Bd. 6, München 1975, S. 273—316.

<sup>18)</sup> Vgl. hierzu V. G. Solodownikow, *Die Erfahrungen sozialistischer Veränderungen in der UdSSR und deren internationale Bedeutung*, Moskau 1972, S. 53.

<sup>19)</sup> Vgl. hierzu Henrik Bischof, *Sowjetisches Engagement in Afrika im Spannungsfeld der gegenwärtigen internationalen Politik*, *Entwicklungspoli-*

*tische Aktivitäten Kommunistischer Länder*, in: *Monatsberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Mai 1977, S. 326—349 (339).

<sup>20)</sup> Vgl. eine entsprechende Äußerung Kossygin's, zitiert in der *Prawda* vom 2. 3. 1976; englischer Text bei Richard Löwenthal, *Soviet „Counter-Imperialism“*, in: *Problems of Communism*, Vol. 25, No. 6 (Nov./Dez. 1976), S. 52—63 (52).

pendence" <sup>21)</sup>. Aus sowjetischer Sicht hat diese Phase, abgesehen von den letzten Bationen weißer Vorherrschaft im südlichen Afrika, ihren Höhepunkt bereits überschritten und wächst hinüber in eine zweite, die des antiimperialistischen Kampfes und der „sozio-ökonomischen Transformation“ <sup>22)</sup>. Zwei Grundtendenzen kennzeichnen hier — so die östliche Literatur zu diesem Thema — eine für das sozialistische Lager günstige Verschiebung des globalen Kräfteverhältnisses: das Entstehen „national-demokratischer Bündnisse“ bzw. „national-demokratischer Staaten“ und der Versuch einiger Länder der Dritten Welt, den Weg einer „nicht-kapitalistischen Entwicklung mit sozialistischer Orientierung“ zu beschreiten <sup>23)</sup>.

Das *national-demokratische Bündnis* setzt sich zusammen aus der Arbeiterschaft (soweit vorhanden), progressiven Kleinbauern sowie den national und anti-westlich gesinnten Teilen der Bourgeoisie. Wenn sich dieses Bündnis unter Führung von Mitgliedern der nationalen Intelligenz zu einer Einheitsfront zusammenschließt, wird es für Moskau gerade in Afrika zur derzeit entscheidenden gesellschaftspolitischen Machtkonstellation, um mit Unterstützung des sozialistischen Lagers den antiimperialistischen Kampf zu führen. Die Bedeutung genuin kommunistischer Parteien ist für die sowjetische Afrikapolitik dementsprechend mehr und mehr zurückgegangen. Moskau hat nie viel Aufhebens gemacht, wenn diese am national-demokratischen Bündnis nicht teilhatten oder auch in den als progressiv eingeschätzten Staaten Afrikas mit zum Teil drakonischen Maßnahmen verfolgt wurden (z. B. Guinea, Mali, Ägypten, Ghana und Algerien in den sechziger Jahren).

Ähnlich zielt auch die *Formel von der nicht-kapitalistischen Entwicklung* nicht darauf ab, einen unmittelbaren Übergang dieser Länder zum Marxismus-Leninismus zu betreiben <sup>24)</sup>. Vielmehr soll ihre antiimperialistische Front-

stellung verstärkt werden, wobei vorrangig die Herauslösung der Entwicklungsländer aus dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem angestrebt wird <sup>25)</sup>. Daß dabei nicht nur ideologische, sondern auch ökonomische Gründe eine Rolle spielen, wurde bereits ausgeführt. Die Formel von der nicht-kapitalistischen Entwicklung darf nicht als ein theoretisch umfassendes und fundiert begründetes Entwicklungsmodell verstanden werden. Als prinzipielle Elemente werden neben der Frontstellung gegenüber dem Imperialismus lediglich die Bedeutung des staatlichen Sektors bei der Überwindung von Feudalismus und Kapitalismus sowie die Abschaffung des feudalen Grundbesitzes herausgestellt. Der Staat soll sowohl die Rolle eines Promoters „konzentrierter gesellschaftlicher Akkumulation“ als auch die eines Organs der zentralen Lenkung übernehmen. Getragen vom national-demokratischen Bündnis kann er dann zum Initiator einer sozialistisch orientierten Entwicklung werden <sup>26)</sup>. Darüber hinaus beinhaltet die Formel in ihren konkreten Vorschlägen im großen und ganzen nicht mehr als eine Zusammenstellung pragmatischer Schlußfolgerungen aus a) den offensichtlichen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer, b) dem Versuch ihrer Herauslösung aus der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung und c) der Sicherung bestimmter ökonomischer Interessen der RGW-Staaten. Oft weichen die östlichen Vorstellungen gar nicht sehr ab von denen westlicher Entwicklungstheoretiker und -politiker.

Die Formeln vom nationalen und sozialen Befreiungskampf finden auf den verschiedensten Ebenen der sowjetischen Außenpolitik ihren praktischen Niederschlag. Für den *Kampf um*

schaft und Gesellschaft in den jungen Nationalstaaten mit sozialistischer Orientierung, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Vol. 30, No. 2 (1977), S. 167—183 (167).

<sup>21)</sup> Vgl. Rostislaw Uljanovskij, Der Sozialismus weist den Weg — Theorie und Praxis des nationalen Befreiungskampfes nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, in: Neue Zeit, 1977, No. 27, S. 20—22.

<sup>22)</sup> Im übrigen sind für eine nicht-kapitalistische Entwicklung aus östlicher Sicht unter anderem die folgenden Punkte wichtig:

— Verstaatlichung ausländischer Unternehmen, die die jungen Staaten an einer effektiven Souveränität über ihre Naturschätze hindern;

— Notwendigkeit einer „harmonischen Entwicklung“, d. h. ein koordiniertes Wachstum von Landwirtschaft und Industrie;

— hinsichtlich der Rolle des ausländischen Kapitals wird zugegeben, daß ein objektiver Bedarf an ausländischem, darunter privatem, Kapital besteht. Die Stellung des privaten einheimischen Unternehmens wird als „höchst kompliziert“ beschrieben (vgl. Kiwa, Probleme der Wirtschaft, a. a. O., S. 179).

<sup>21)</sup> V. G. Solodovnikov/M. Braginsky, The Working Class in the African Countries' Social Structure, in: International Affairs (Moskau), 1976, No. 10, S. 41—49 (45).

<sup>22)</sup> Ebd.

<sup>23)</sup> Ausführlicher zu diesen Begriffen vgl. Klaus Lüders, Tansania in der Sicht der Sowjetunion. Eine Studie zur sowjetischen Schwarzafrika-Politik. Derzeit noch unveröffentlichte Dissertation an der Freien Universität Berlin, Berlin 1976. Siehe auch Bernhard von Plate, Aspekte der SED-Parteibeziehungen in Afrika und der Arabischen Region, SWP-AZ 2 185, Ebenhausen, August 1978.

<sup>24)</sup> Allerdings macht sich in der östlichen Literatur immer mehr die Hoffnung breit, „daß es in den rückständigen Ländern möglich sein muß, zum Sozialismus zu kommen, ohne erst den Kapitalismus durchzumachen“: A. Kiwa, Probleme der Wirt-

die nationale Unabhängigkeit sind die Lieferung von Waffen und die Schulung von Guerrillakämpfern im Einklang mit der von der Sowjetunion immer betonten Völkerrechtskonformität des gewaltsamen Befreiungskampfes bekanntlich bis heute die herausragenden Elemente. Durch sie wird die Sowjetunion auch einen starken Einfluß auf den Ablauf der Ereignisse in Rhodesien/Simbabwe, Namibia/Südwestafrrika und schließlich Südafrika ausüben, soweit es nicht gelingt, Lösungen für einen friedlichen Machtwechsel zu finden. Vor allem im Hinblick auf die chinesisch-sowjetische Konkurrenz war in diesem Zusammenhang wichtig, daß in Angola den Afrikanern die „Unfehlbarkeit“ der These vom „geschichtlich notwendigen Erfolg“ eines sozialistischen und mit sowjetischer Unterstützung geführten Befreiungskampfes vor Augen geführt werden konnte.

Bei ihrem praktischen Engagement zur Durchsetzung des national-demokratischen Konzepts versuchen die Sowjetunion und die übrigen Ostblockstaaten durch die Entsendung von Beratern und die intensive Unterstützung bei der Kadenschulung Einfluß zu nehmen auf den Aufbau der Befreiungsbewegungen in Richtung auf sich revolutionär bzw. national-demokratisch verstehende Einheitsparteien sowie auf die Organisation derjenigen Teile des Staatsapparates, die für den Machterhalt und die sozialistisch-orientierten Zielsetzungen dieser Einheitsparteien wichtig sind.

Der Mangel an den materiellen Voraussetzungen für einen genuinen Sozialismus, insbesondere was das Vorhandensein einer breiten Arbeiterschaft betrifft, soll in diesen Ländern also ersetzt werden durch ein massives Engagement des sozialistischen Lagers bei der Errichtung von staatlichen und gesellschaftlichen Organisationsstrukturen, die sich an marxistisch-leninistischen Prinzipien orientieren. Schulung und Beratung von Führungskadern für den Staats- und Parteiapparat, Schulung, Beratung und zum Teil auch unmittelbare Durchführung von Aufgaben im Bereich des Presse- und Informationswesens sowie im Bereich der inneren Sicherheit und Verwaltung sind dabei die drei Schwerpunkte. Gerade in diesem Bereich spielt die DDR nicht nur als Vasall der Sowjetunion, sondern auch aufgrund ihrer eigenen ökonomischen und außenpolitischen Interessenlage eine führende Rolle <sup>27)</sup>.

<sup>27)</sup> Vgl. dazu Bernard von Plate, Prioritäten und Verhaltensmuster der DDR-Außenpolitik im Bereich der „Dritten Welt“ seit dem Durchbruch zur internationalen Anerkennung, SWP-AZ 2 122, Ebenhausen, Januar 1977.

Hinsichtlich der nicht-kapitalistischen Entwicklung beschränkt sich das Engagement der Ostblockstaaten im wesentlichen darauf, Unterstützung bei der Erstellung und Durchführung von Wirtschaftsplänen anzubieten. Dazu sind die Verträge über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit und verschiedene Arten von Kooperationsabkommen ein wichtiger Ansatzpunkt. (Wahrscheinlich haben die Freundschaftsverträge allerdings für die im Hinblick auf solche Verträge recht legalistisch und propagandistisch denkende Sowjetunion einen ungleich höheren Stellenwert als für die afrikanischen Partner.) Eine Entwicklungshilfepolitik im westlichen Sinne spielt dagegen in diesem Zusammenhang keine zentrale Rolle (sie beschränkt sich in der Regel auf einzelne Projekte). Hierin liegt eine zunehmend deutlicher werdende Schwäche der sowjetischen Afrikapolitik. Angesichts der ökonomischen Probleme in den Ostblockstaaten selbst wird sie sich auch längerfristig nicht beseitigen lassen. Allerdings darf in diesem Zusammenhang nicht das gezielte Engagement einiger Ostblockstaaten, insbesondere Kubas, im Bildungs- und Gesundheitswesen und in anderen Bereichen der internen Infrastruktur vergessen werden. Länder wie Angola und Mocambique können nur auf diesem Wege die zum Teil erdrückenden Engpässe überbrücken, die durch den Abzug der Portugiesen entstanden sind <sup>28)</sup>. Das gibt der kubanischen Präsenz, trotz aller Aversionen ihr gegenüber, eine besondere Bedeutung.

Die Schwerpunkte des östlichen Engagements deuten darauf hin, daß der Sowjetunion an einem möglichst direkten Zugang zu denjenigen Zentren des Partei- und Staatsapparates gelegen ist, die für den innenpolitischen Machtkampf in den jungen afrikanischen Staaten eine Schlüsselfunktion haben. Nur so kann sie angesichts der im Vergleich zu den westlichen Industriestaaten großen ökonomischen Schwäche des östlichen Lagers hoffen, ihren Einfluß auch über die für sie ideologisch und militärisch günstigen Phasen des gewaltsamen Befreiungskampfes hinaus halten zu können. Das ist, wie ausgeführt wurde, für sie aber dringend notwendig, um die Erfüllung bestimmter strategischer und ökonomischer Interessen absichern zu können. Massive Waffenlieferungen können diese Schwäche, wie die Erfahrung zeigt, nicht dauerhaft ausgleichen.

<sup>28)</sup> „Indeed Cuba with a population of fewer than 10 million, is probably now providing more doctors, medical personnel and technicians to African than is the United States“ (David Ottoway, Why the U. S. Outcry over Cubans in Africa?, in: International Herald Tribune vom 7./8. 1. 1978, S. 4).

## V. Sowjetische Erwartungen und afrikanische Realität

Die Tatsache, daß die nationalen, sozialen und ökonomischen Aspekte der Unabhängigkeit der Dritten Welt von der sowjetischen Politik von Anfang an als Zusammenhang behandelt worden sind, macht ohne Zweifel eine ihrer Stärken aus. Eine derartige Betrachtungsweise entspricht dem Problemverständnis der Mehrheit der afrikanischen Führer, insbesondere der jüngeren Generation. Von westlichen Regierungen und Institutionen wurde diesem Zusammenhang aufgrund postkolonialer Interessen und einer rein legalistischen Betrachtungsweise der Dekolonisierungsfrage lange Zeit zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt<sup>29)</sup>. Dennoch ist die Hoffnung der Sowjetunion auf Konstellationen im südlichen Afrika, die ihr langfristig einen gegenüber den westlichen Staaten überlegenen Einfluß garantieren, mit Skepsis zu betrachten — eine Skepsis, die auch in den seriösen Abhandlungen sowjetischer Afrika-Experten anklingt. Eine kurze Gegenüberstellung derjenigen Faktoren in der afrikanischen Realität, die für die sowjetischen Erwartungen sprechen, und derjenigen, die dagegen sprechen, soll das verdeutlichen. \*

Eine derartige Gegenüberstellung muß bei der Frage beginnen, welche Bedeutung das Kernstück des von der Sowjetunion postulierten Weges, nämlich die Bildung eines nationaldemokratischen Bündnisses und die Betonung der zentralen Rolle von Partei- und Staatsapparat, für die Führungseliten im südlichen Afrika hat. Ohne Zweifel wollen auch diese Eliten ihre Führungsrolle (sprich Herrschaft) über den Tag der Unabhängigkeit hinaus sichern. Spielregeln eines demokratischen Modells à la Westminster spielen dabei keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Das hat unter anderem mit psychologischen und politischen Prozessen zu tun, die im Laufe eines längeren Befreiungskampfes eintreten, sowie mit traditionell andersartigen Formen der politischen Kultur in Afrika. Die Sicherung ihres Herrschaftsanspruchs bedeutet für fast alle afrikanischen Führer die Auseinandersetzung mit zwei grundlegenden Problemen: den stammesgebundenen Macht- und Loyalitätsstrukturen (Tribalismus)<sup>30)</sup> und der Notwendigkeit

einer baldigen, gegenüber der kolonialen Zeit entscheidend verbesserten wirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung (d. h. der Notwendigkeit zu einer tiefgreifenden *sozio-ökonomischen Modernisierung*). Beides zusammen ergibt ein für die innenpolitische Rivalität um die Vorherrschaft sehr labiles und explosives Klima. Die Realitäten des Stammesdenkens sind mit den Erfordernissen der Modernisierung häufig nicht kompatibel.

Um die Probleme des Tribalismus und der Modernisierung in den Griff zu bekommen, sind sozialistische Formeln im allgemeinen und marxistisch-leninistische Vorstellungen im besonderen für afrikanische Führer aus mehreren Gründen attraktiv:

Erstens wird im Sozialismus das Problem des (ethnischen) „nation-building“ und der sozio-ökonomischen Modernisierung durch das Prinzip des Klassenkampfes (obwohl es in Afrika einen Klassenantagonismus gar nicht oder nur rudimentär gibt) in einen unmittelbaren theoretischen und praktischen Zusammenhang gebracht. Die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion, insbesondere hinsichtlich der mongolischen Volksrepublik, hat für einige afrikanische Führer beispielhaften Charakter. Die „wissenschaftlich“ begründete Zukunftsvision einer ökonomisch und politisch emanzipierten Gesellschaft wird zum Berufsgrund für die Durchsetzung einer Politik, die angeblich oder tatsächlich jenseits von tribalistischen oder sonstigen partikularen Interessen steht. Sie rechtfertigt damit auch die entsprechende Herrschaftsausübung.

Diese *integrative Funktion* sozialistischer Formeln und Politik läßt sich an verschiedenen Stellungnahmen sozialistischer Regierungen in Afrika zu internen Schwierigkeiten ablesen, so z. B. Moçambiques, Angolas und der Volksrepublik Kongo<sup>31)</sup>. Ihr kommt zugute, daß der Sozialismus bei dem überwiegenden Teil der Bevölkerung bis jetzt, anders als der Kapitalismus aufgrund der konkreten Erfah-

---

Stammesrivalitäten nicht nur den Afrikanern, sondern auch der internationalen Friedenssicherung ein schweres Erbe hinterlassen.

<sup>29)</sup> Vgl. Kommuniqué des Ministerrats von Moçambique über die gegenwärtige sozial-ökonomische Lage des Landes vom 17. 7. 1977 (Monitor-Dienst/Afrika, 20. und 21. 7. 1977, S. 1—4); Beschlüsse der Vollversammlung des ZK der angolanischen Staatspartei „Ein Dokument der Selbstkritik“ (ebd., 12. 8. 1977, S. 8—11); Kongo: Unsere Situation ist besorgniserregend (ebd., 7. 11. 1977, S. 1—3).

<sup>29)</sup> Vgl. jetzt aber die Rede Bundesaußenminister Genschers vor der 32. Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN); Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 30. 9. 1977, S. 861 ff.

<sup>30)</sup> Der Kolonialismus vergangener Tage hat hier durch künstliche Grenzziehungen, ökonomische Ausbeutung und die bewußte Ausnutzung von

rungen mit dem Kolonialismus, emotional nicht negativ besetzt ist. Im Gegenteil, bei dem Kampf um die staatliche Unabhängigkeit haben sich sozialistische Formeln als hilfreich erwiesen. Darüber hinaus besteht auf westlicher Seite nicht genügend Sensibilität für die Frage, ob afrikanische Regime angesichts der Tatsache, daß sie vor fast unlösbare Entwicklungsaufgaben gestellt sind, ohne ein straffes und im Hinblick auf die Zukunft optimistisches ideologisches Korsett überhaupt für längere Zeit zu einem konstruktiven Handeln in der Lage wären. (Die Regime eines Amin oder Bokassa sind möglicherweise die Kehrseite der Medaille.)

Zweitens dürfte den Aufbau- und Herrschaftssicherungsproblemen der afrikanischen Führer entgegenkommen, daß im Marxismus-Leninismus der Gedanke der avantgardistischen, d. h. letztlich elitären Einheitspartei eine so zentrale Rolle spielt. Das geht konform mit den Vorstellungen über eine disziplinierte Führung von Staat und Gesellschaft vor allem durch jene Gruppen, die eine lange Phase des Befreiungskampfes hinter sich haben. Zudem entspricht es der Notwendigkeit, der ethnischen Segmentierung afrikanischer Gesellschaften nicht nur ideologisch, sondern auch institutionell, d. h. durch einen straff und zentralistisch organisierten Partei- und Staatsapparat, entgegenzuwirken. Natürlich besteht auch in der afrikanischen Wirklichkeit bei den *Ein-Parteien-Systemen* nur ein schmaler Grat zwischen *bürokratischer Despotie* einerseits und einer zwar *autoritären, aber konstruktiven Entwicklungsdiktatur* andererseits.

Drittens ist die Berufung auf sozialistische, insbesondere marxistisch-leninistische Formeln für afrikanische Regime ohne ausreichende interne Machtbasis natürlich ein probates Mittel, um eine entsprechende Unterstützung aus dem Ostblock zu erlangen. (Genauso wie sich umgekehrt manche afrikanische Regime, wie z. B. Zaire, auf ihre Bedeutung für den anti-kommunistischen Kampf besinnen, um in den Genuß westlicher Hilfe zu kommen.)

Unter den für den *sowjetischen Einfluß ungünstigen Faktoren* ist an erster Stelle die Aversion fast aller afrikanischen Führer gegen äußere, insbesondere weiße *Bevormundung* zu nennen. Aufgrund der militärischen Pattsituation zwischen den beiden Supermächten und der besonderen Stellung Chinas können die Afrikaner dieser Aversion durch eine mehr oder weniger geschickte Schaukepolitik immer wieder machtpolitische Realität verleihen. Unter anderem aus diesem Grund

ist es unzutreffend, die Ausweitung des Ost-West-Konflikts auf Afrika allein den „bösen Machenschaften“ und dem Expansionsdrang außerafrikanischer Mächte zuzuschreiben. Die Akteure der innerafrikanischen Machtkämpfe und die der Ost-West-Konkurrenz versuchen sich vielmehr wechselseitig zu „instrumentalisieren“.

Für den sowjetischen Einfluß bedeutet das zweierlei: Zum einen wird vor allem die Zunahme der militärischen Präsenz der Sowjetunion und auch Kubas in der Region selbst mehr und mehr auf Gegenreaktionen stoßen. Am Horn von Afrika ist das unter Führung der saudi-arabischen Diplomatie bereits der Fall. Zum anderen werden sich — mit der einen oder anderen Ausnahme — nur solche Formen des Sozialismus durchsetzen können die in erster Linie *nationalistisch* orientiert sind. Vorerst sind sozialistische Regime in Afrika — und das gilt für den „wissenschaftlichen Sozialismus“ kaum weniger als für einen originär afrikanisch begründeten Sozialismus wie in Tansania oder Sambia — in erster Linie als ein Versuch der Afrikaner zu sehen, sich von den tiefsitzenden Spuren des Kolonialismus zu befreien und zu einer eigenen politischen und ökonomischen Identität zu finden. Als ein Beitrag zu der von Moskau propagierten Weltrevolution mit eindeutig hegemonialem Charakter können sie bis jetzt kaum angesehen werden.

Wie sich gerade in Somalia wieder erwiesen hat, verträgt sich dieser Nationalismus, selbst wenn er sich gleichzeitig marxistisch-leninistisch definiert, nur begrenzt mit der von Moskau erwarteten außenpolitischen „Solidarität“. Das schließt nicht aus, daß diese Regime, wie es z. B. bei Neto in Angola und Machel in Moçambique derzeit der Fall ist, der sowjetischen Formel vom „proletarischen Internationalismus“ ihren rhetorischen Tribut erbringen. Gerade deswegen spielt die Politik der Blockfreiheit für diese Regime auf der anderen Seite eine so wichtige Rolle, nämlich um sich von der Sowjetunion abzugrenzen, ohne gleichzeitig prowestliche Positionen beziehen zu müssen <sup>32)</sup>.

Eine permanente Gefährdung marxistisch-leninistisch orientierter Regime und damit der

<sup>32)</sup> So sollte auf westlicher Seite aufmerksam registriert werden, daß in dem Bericht des ZK der Volksbefreiungsbewegung Angolas (MPLA), der auf dem Ersten Kongreß der MPLA im Dezember 1977 von Präsident Neto verlesen wurde, im Abschnitt „Prinzipien der Außenpolitik“ nicht nur die Politik der Blockfreiheit, sondern auch eines ihrer entscheidenden Elemente, das Verbot der ausländischen Stützpunkte, ausdrücklich erwähnt wird (Monitor-Dienst/Afrika vom 7. 12. 1977, S. 1 ff.).

von der Sowjetunion erhofften Einflußmöglichkeiten ergibt sich natürlich auch aus den *Loyalitätsstrukturen des Tribalismus*<sup>33)</sup>. Denn: „Tribal structure is the lifeblood of Africa. You can draw from this structure the will and the support of the people.“<sup>34)</sup> Möglicherweise hat sich die Sowjetunion den Tribalismus, obwohl sie ihn aufs schärfste verurteilt<sup>35)</sup>, bei dem Putsch von Nito Alves und José van Dunen gegen Neto im Mai 1977 selbst zunutze machen wollen. Das soll bei anderen sozialistischen Führern Afrikas, unter anderem Machel, einigen Unwillen und Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion hervorgerufen haben.

Schließlich haben sich *marxistisch-leninistisch orientierte Entwicklungsmodelle* — sieht man einmal von den Sonderfällen China und Kuba ab — in der Dritten Welt bisher *nicht* als prinzipiell *erfolgreicher* erwiesen als andere, wie sie z. B. in Tansania, Sambia, Ghana, der Elfenbeinküste oder anderswo praktiziert werden. Quantität und Qualität östlicher Unterstützungsmaßnahmen reichen nicht annähernd aus, um die früher oder später eintretende Ernüchterung darüber abzufangen, daß die mit der Übernahme marxistisch-leninistischer Vorstellungen erhofften Erfolge nicht oder nicht schnell genug eintreten<sup>36)</sup>.

## VI. Schlußfolgerungen für die westliche Politik

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß sich die wichtigsten Ansatzpunkte für einen längerfristigen Einfluß der Sowjetunion in Afrika schon seit längerem vor allem aus zwei Erscheinungen in Afrika ergeben: Einmal aus dem Kampf gegen die noch verbliebenen Bastionen des Kolonialismus und der weißen Vorherrschaft, zum anderen aus der zumeist mit ethnischen Differenzen zusammenhängenden Schwierigkeit zahlreicher afrikanischer Staaten, ihren territorialen Zusammenhalt und ihre politische Stabilität zu wahren. Die Sowjetunion ist hierauf eingegangen durch die *militärische, ideologische und politische Unterstützung von Befreiungsbewegungen*, die von der OAE als solche offiziell anerkannt sind, sowie die Bereitschaft zu einem *militärischen Engagement für den territorialen Zusammenhalt und die politische Stabilität der jungen afrikanischen Staaten*. Dieses Vorgehen paßt sich in die wichtigsten, um nicht zu sagen „geheiligten“ Legitimitäts- und Legalitätsvorstellungen Gesamtfrikas ein, die bisher im Zentrum der Charta und der Tätigkeit der OAE stehen: Kampf gegen den Kolonialismus und territoriale Integrität der jungen Staaten (vgl. Art. II und III der Charta).

Diese Tatsache, daß insbesondere Kuba und die Sowjetunion in Afrika bei der Verfolgung ihrer Ziele, auch der revolutionären und expansiven, in erster Linie als *Unterstützer* und nicht als Gegner von Ordnungsprinzipien auftreten, wird im Westen noch zu wenig wahrgenommen. Als Hauptelement der sowjetischen Afrikapolitik vermutet man vielfach noch ein *umstürzlerisches* Vorgehen, so wie es zu Zeiten der Komintern und der Kominform in der sowjetischen Außenpolitik vorherrschend war<sup>37)</sup>, obwohl es tatsächlich in der sowjetischen Afrikapolitik an Bedeutung abgenommen hat.

Das sowjetische Verhalten in den gegenwärtig aktuellen Konfliktherden im südlichen Afrika — Namibia, Rhodesien/Zimbabwe und Zaire (Shaba) — spiegelt dieses Grundmuster der sowjetischen Afrikapolitik wider. In Namibia und Rhodesien/Zimbabwe werden die von der OAE anerkannten und protegierten Befreiungsbewegungen seit Jahren von der Sowjetunion, Kuba und anderen Ostblockstaaten politisch und militärisch unterstützt, um den Einfluß des Ostblocks in dieser Region auszubauen. (In Namibia die SWAPO<sup>38)</sup> unter Sam Nujoma und in Rhodesien/

<sup>33)</sup> Ein amerikanischer Journalist hat für Angola eindrucksvoll beschrieben, daß an erster Stelle die ethnische Zugehörigkeit, an zweiter Stelle die ersten Ansätze eines nationalen und afrikanischen Bewußtseins und erst an letzter Stelle der Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus für den überwiegenden Teil der Bevölkerung die politisch relevanten Bezugfelder sind (vgl. Leon Dash in: The Washington Post vom 9. 8. 1977, S. A 8).

<sup>34)</sup> So Jonas Savimbi, Führer der UNITA (Angola), zitiert von Dash, ebd., 11. 8. 1977, S. A 24.

<sup>35)</sup> Vgl. L. D. Jablochov, Social Changes in Countries of Non-capitalist Development, in: Africa in Soviet Studies, 1973, S. 97—120 (103).

<sup>36)</sup> Die finanzielle Hilfe der Ostblockstaaten wurde von Minister Dos Santos (Moçambique) auf dem 3. Parteikongreß der FRELIMO im April 1977 als „sehr, sehr mäßig“ bezeichnet (vgl. Blick durch die Wirtschaft vom 7. 4. 1977, S. 2). FRELIMO = Frente de Libertação de Moçambique, Befreiungsfront von Moçambique.

<sup>37)</sup> Komintern = Kommunistische Internationale, 1919 gegründet und 1943 aufgelöst; Kominform = Kommunistisches Informationsbüro, 1947 gegründet und 1956 aufgelöst; beide waren Organe zur Koordinierung des Weltkommunismus und wichtige Instrumente der sowjetischen Außenpolitik.

<sup>38)</sup> South West African People's Organization.

Zimbabwe die in der Patriotischen Front mit der ZANU<sup>39)</sup> verbündete ZAPU<sup>40)</sup> unter Joshua Nkomo.) Dieser Legitimitätsschiene des Ostblocks hat man von westlicher Seite, wenn auch leider sehr spät und deswegen möglicherweise ohne allzu großen Erfolg, durch den anglo-amerikanischen Plan für Rhodesien/Zimbabwe und die Namibia-Initiative der fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder (USA, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Kanada) eine andere Legitimitätsschiene entgegenzusetzen versucht, nämlich die eines unter internationalen Auspizien ausgehandelten „friedlichen“ Machtüberganges von den weißen Minderheiten auf die schwarzen Mehrheiten. Am Shaba-Konflikt ist die andere Seite der stark legalistischen Grundhaltung der sowjetischen Afrikapolitik abzulesen. Den zahlreichen, aber unsubstantiellen Gerüchten in der westlichen Presse zum Trotz zeichnet der Ostblock mit einiger Wahrscheinlichkeit im wesentlichen nicht für die Invasion Zaires durch die Katanga-Gendarmen verantwortlich. Der durch eine solche Unterstützung wegen der damit rüchbar gewordenen Verletzung grundlegender OAE-Prinzipien für die sowjetische Afrikapolitik entstandene Schaden stünde in keinem Verhältnis zu dem Gewinn, den die Sowjetunion aus einer Übernahme der Provinz Shaba oder ganz Zaires durch die Katanga-Gendarmen und ihre politischen Parteigänger gezogen hätte.

Dieser in erster Linie *legalistische* und nur in zweiter Linie „umstürzlerische“ Ansatzpunkt der östlichen Einflußnahme auf Afrika hat wichtige Konsequenzen für die Konzeption der Afrikapolitik westlicher Staaten. Er beantwortet zwar noch nicht die Frage, inwieweit das östliche Engagement für die westlichen Staaten bedrohlich ist oder nicht. Er läßt aber in aller Regel eine Politik als unsinnig erscheinen, die den östlichen Einfluß dadurch einzudämmen oder zurückzudrängen sucht, daß der Westen sich bei innerafrikanischen Konflikten sogleich auf die Seite einer nicht vom Osten unterstützten Gruppe schlägt. Die Kontroverse zwischen CIA-Chef Turner und Präsidentenberater Brzezinski einerseits und Außenminister Vance und UN-Botschafter Young andererseits um eine Unterstützung der UNITA<sup>41)</sup> in Angola zeigt, daß derartige Überlegungen nicht nur in der französischen Außenpolitik lebendig sind. Eine derartige Politik hat die gefährliche Folge, daß sie die

westlichen Staaten unweigerlich in Gegensatz zu den wichtigsten afrikanischen Legitimitäts- und Ordnungsprinzipien bringen, wie sie oben genannt wurden. Und diese sind für Afrika nicht Ausdruck einer papierernen Legalität, sondern spiegeln auch machtpolitisch signifikante Grundströmungen der gesamt-afrikanischen Realität wider.

Von der westlichen Politik wird deswegen mehr Subtilität verlangt<sup>42)</sup>. Wenn es auch schwierig ist, auf die Frage nach dem sowjetischen Einfluß im südlichen Afrika eine umfassende und einheitliche Antwort zu geben<sup>43)</sup>, so muß doch die von manchen westlichen Beobachtern vorgenommene Gleichsetzung von sowjetischer Präsenz mit sowjetischem Einfluß als zu undifferenziert zurückgewiesen werden. Das Bündnis mit der Sowjetunion ist für die Afrikaner bisher in erster Linie ein Mittel gewesen, um die einseitigen kolonialen oder post-kolonialen Muster westlicher Einflußnahme zurückzudrängen. Insoweit war es auch relativ erfolgreich. Erfolge bei der Zurückdrängung des westlichen Einflusses sind aber keineswegs gleichzusetzen mit Erfolgen der Sowjetunion bei ihrem Bemühen, einen eigenen pro-sowjetischen Einfluß aufzubauen.

Ansätze zu einer differenzierten Betrachtungsweise der afrikanischen Verhältnisse und der Rolle der Ostblockstaaten für diesen Kontinent zeichnen sich seit einiger Zeit sowohl in der bundesdeutschen Außenpolitik als auch in der anderer westlicher Staaten ab, insbesondere der der USA unter UN-Botschafter Young und Außenminister Vance. Sie muß ausgehen von der Tatsache, daß im Süden Afrikas der Trend zu sozialistisch orientierten Regimen eher zu- als abnehmen wird. Dabei kann es sich um die verschiedensten Erscheinungsformen des Sozialismus handeln. Sie werden alle, genauso wie die meisten nichtsozialistischen Regime Afrikas, westlichen Maßstäben der parlamentarisch-pluralistischen Repräsentation, der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit nicht entsprechen. Statt dessen werden sie mehr oder weniger offen den Charakter von Ein-Partei-Regimen haben, bei denen nur ein schmaler Grat besteht zwischen einer konstruktiven Entwick-

<sup>42)</sup> Vgl. zur westlichen Politik auch Winrich Kühne, Die sowjetische Außenpolitik im südlichen Afrika — eine Bedrohung für den Westen? Ebenhausen, Januar 1978 (SWP-AP 2158); Helmut Bley/Rainer Tetzlaff (Hrsg.), Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrikapolitik, Hamburg 1978.

<sup>43)</sup> Genauer zum Begriff des Einflusses des Einflusses: Alvin Rubinstein, Soviet and Chinese Influence in the Third World, New York 1975.

<sup>39)</sup> Zimbabwe National Union.

<sup>40)</sup> Zimbabwe People's Union.

<sup>41)</sup> Uniao Nacional para a Independencia Total de Angola.

lungsdiktatur und einer Despotie des Partei- und Staatsapparates.

Ost und West werden es gleichermaßen begreifen müssen, daß in Afrika weder die Stunde der Diktatur des Proletariats noch die der parlamentarischen Demokratie geschlagen hat. Die westlichen Staaten werden deswegen zusätzliche Optionen für ihre Afrikapolitik nur erschließen können, wenn sie die Existenz sozialistisch bzw. marxistisch-leninistisch orientierter Regime in Afrika und deren begrenzte Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Lager als legitim anerkennen und dementsprechend zumindest im Regelfall auf eine Isolierungs- oder gar Destabilisierungspolitik verzichten. Man sollte nicht vergessen, daß gerade diejenigen afrikanischen Führer und Regime, die sich ernsthaft für eine Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung engagieren, ihre außenpolitischen Verbindungen häufig aus „einer internen Situation der Verzweiflung“ und sehr viel weniger aus einer ideologisch eindeutig festgelegten Überzeugung wählen. Das gilt insbesondere für intensive Verbindungen einzelner Regime mit Kuba. Die scharfe und einseitige Verurteilung derartiger Verbindungen von westlicher Seite demonstriert für viele Afrikaner nur ein geradezu verletzendes Unverständnis im Westen für die außerordentlichen und nicht zuletzt aus dem Kolonialismus stammenden Schwierigkeiten Afrikas. Im Falle Angolas hat der lateinamerikanische Schriftsteller Gabriel Garcia Marquez erst kürzlich die desolate Situation, wie sie von den Portugiesen hinterlassen wurde, beschrieben <sup>44)</sup>.

Ohne Zweifel unterscheidet man auf afrikanischer Seite deutlich zwischen der Rolle der Sowjetunion und der Kubas. Sowohl die südliche Mentalität der Kubaner, ihr außerordentlicher entwicklungspolitischer Einsatz, die geringe Größe ihres Landes als auch ihre Dritte-Welt-Verbundenheit sind dafür — trotz des mit Skepsis beurteilten militärischen Auftretens der Kubaner in einigen Staaten — verantwortlich. Das Engagement der Kubaner ist für viele Afrikaner nicht identisch mit der Ost-West-Konkurrenz um Afrika. Angesichts der unklaren kubanischen Haltung im Eritrea-Konflikt war und ist dieses positive Image der Kubaner allerdings in Gefahr — in Afrika ähnlich wie in der Bewegung der Blockfreien.

Für den Einfluß der Sowjetunion und der übrigen Ostblockstaaten in Afrika muß weiter gesehen werden, daß es zwischen den *Interessen der Sowjetunion und den von ihr zur Durchsetzung dieser Interessen zum Einsatz gebrachten politischen Instrumenten* sowie den *Interessen der Afrikaner* zahlreiche Bruchstellen von grundsätzlicher Bedeutung gibt. Sie lassen sich besonders in vier Bereichen konstatieren:

— Zunahme der afrikanischen Aversion gegen äußere Bevormundung mit Zunahme der sowjetischen Präsenz, insbesondere der militärischen;

— geringe Quantität und zum Teil auch mangelnde Qualität der östlichen Entwicklungshilfe (Kuba nimmt hier allerdings eine Sonderstellung ein);

— objektive Daten der Weltwirtschaft — die westlichen Industriestaaten werden sowohl der wichtigste Rohstoffmarkt als auch der Hauptlieferant von Investitionsgütern und Kapital für die Entwicklungsländer bleiben;

— Interessendivergenzen bei der Neuordnung der Weltwirtschaft insoweit, als die Entwicklungsländer auch von den Industrieländern des Ostblocks mehr Entwicklungshilfeleistungen sowie eine entwicklungsländergerechte Anpassung ihrer Außenhandelsstrukturen verlangen (UNCTAD IV) <sup>45)</sup>.

Die Ereignisse im südlichen Afrika stellen aber nicht allein — das soll zum Abschluß ausdrücklich betont werden — eine Herausforderung an die konzeptionellen Fähigkeiten und diplomatische Raffinesse der westlichen Außenpolitik dar. Das größere Problem dürfte in den im Westen — und nicht zuletzt in der Bundesrepublik Deutschland — gängigen Vorstellungen über Schwarzafrika und den Sozialismus in Afrika liegen. Kommt es hier nicht zu einem von den Medien und der politischen Führung initiierten Bewußtseinswandel, so wird jede noch so gut konzipierte Afrikapolitik schon an innenpolitischen Widerständen scheitern. Namibia und Rhodesien/Zimbabwe, vor allem aber die in ihrer vollen Schärfe noch ausstehende Auseinandersetzung um das Apartheidregime in der Republik Südafrika werden die deutsche Öffentlichkeit und die deutsche Politik in dieser Hinsicht noch erheblichen Belastungen aussetzen.

<sup>44)</sup> Gabriel Garcia Marquez, *Verzweifelter Start* nach einem tödlichen Exodus, in: *Die Zeit*, vom 17. 2. 1978.

<sup>45)</sup> UNCTAD IV: Vierte Konferenz der VN für Handel und Entwicklung, die im Mai 1976 in Nairobi stattfand.

Die KPdSU war und ist bestrebt, sich *als Partei ohne Alternative* zu präsentieren. Sowjetische Kommunisten brüsten sich geradezu damit, daß in der UdSSR seit 1922 keine Opposition mehr existiert. *Kritik am Kurs der Partei ist unerwünscht* und wird oft sogar als Vergehen geahndet. Um so mehr mußte es überraschen, daß sich seit den 60er Jahren in der Sowjetunion Nonkonformisten, Regimekritiker und Rebellen zu Wort meldeten, die Mißstände ihres Landes anprangerten. Man hat diese oppositionellen Kräfte als „*Dissidenten*“ bezeichnet, ein Ausdruck, der zwar nicht sonderlich glücklich gewählt ist, der sich aber inzwischen im Deutschen eingebürgert hat.

Im Westen ist eine Vielzahl von Verlautbarungen bekannt, die aus der Feder von Dissidenten stammen und die in der Sowjetunion in Form von Vervielfältigungen kursieren. In der vorliegenden Arbeit wurden insbesondere solche *Texte ausgewertet, die programmatische Bedeutung* haben. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die Arbeiten von Roj Medwedjew, A. Sacharow und A. Solschenizyn ausführlicher zu behandeln.

Seit 1972 bedrängen die sowjetischen Behörden die Dissidenten immer stärker. Sie inhaftierten viele Regimekritiker, ließen einige ausreisen, wiesen andere aus dem Land. Angesichts der wachsenden Repressalien konzentrierten sich die Dissidenten wieder stärker auf das gemeinsame Anliegen: den Schutz der Menschenrechte. Seit Mai 1976 bildeten sich Helsinki-Komitees, die alle Verstöße gegen den Geist und Buchstaben der KSZE-Schlußakte registrierten. Noch vor dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Carter dürfte in der sowjetischen Führungsspitze die Entscheidung gefallen sein, den Spielraum der Dissidenten einzuengen. Man kann dennoch davon ausgehen, daß das kritische Denken in der Sowjetunion nicht mehr völlig erlöschen wird.

### Winrich Kühne: Grundtendenzen der sowjetischen Außenpolitik im südlichen Afrika

Die Sowjetunion hält Afrika derzeit für ein erfolgversprechendes Feld, ihren Machtanspruch sowohl gegenüber dem Westen als auch gegenüber China zu demonstrieren. Im südlichen Afrika kommt ihr dabei zum einen der Kampf um die noch verbliebenen Bastionen weißer Vorherrschaft gelegen, da sie sowohl eine gegenüber dem Status quo aggressive Ideologie als auch militärische Unterstützung anzubieten hat. Zum anderen werden die ethnischen Probleme angesichts der sozioökonomischen Bedingungen in den meisten schwarzafrikanischen Staaten noch lange Zeit erhebliche Schwierigkeiten bei ihrer Konsolidierung zu staatlichen und gesellschaftlichen Einheiten bereiten. Das ist eine nicht weniger schwer kontrollierbare Quelle von Unruhe und Gewalttätigkeit. Sie bietet für die Einmischung außerafrikanischer Mächte zahlreiche Ansatzpunkte und damit auch Gelegenheit, die gegenwärtige Kräfteverteilung im internationalen System zu verschieben.

Im Zusammenhang mit der westlichen, insbesondere der westeuropäischen Energieversorgung über die Kaproute sowie den Rohstofflieferungen aus dem südlichen Afrika kommt es deswegen im Westen zu manchmal fast apokalyptischen Vorstellungen über eine mögliche Ausweitung des sowjetischen Einflusses in Afrika. Tatsächlich ist die Bedrohung der Kaproute aber schon aus militärischen Gründen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht als bedeutend einzuschätzen. Zutreffend ist dagegen, daß von der Sowjetunion an den Küsten Afrikas Hafennutzungsrechte etc. angestrebt werden, um die sowjetische Flotte im Indischen Ozean ohne allzu großes Risiko präsent sein lassen zu können. Auch bezüglich der Rohstoffe dürfte für die Sowjetunion und die übrigen RGW-Staaten die Sicherung eigener ökonomischer Interessen das vorrangige Motiv sein, nicht aber eine langfristig angelegte Strategie des Rohstoffembargos gegenüber dem Westen. Objektive Faktoren des Weltmarktes lassen eine solche Strategie auch kaum zu.

Ohne Zweifel ist die Errichtung sozialistischer oder explizit marxistisch-leninistischer Regime eine von der Sowjetunion geförderte Erscheinung, da sie nicht nur ihrem weltrevolutionären Anspruch Glaubwürdigkeit zu verleihen scheint, sondern auch der Wahrnehmung der begrenzten maritimen und ökonomischen Interessen dienlich ist. Die ideologischen Formeln vom „nationalen und sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt“ und vom „nicht-kapitalistischen Entwicklungsgang mit sozialistischer Orientierung“, ausgeführt von „national-demokratischen Regimen“, gewinnen in diesem Zusammenhang ihre praktische Bedeutung. Der überwiegend nationalistische Charakter der sozialistischen Regime im südlichen Afrika, die Aversion gegen jede Form der „weißen“ Bevormundung, die ökonomische Schwäche der RGW-Staaten und andere Faktoren setzen der Ausweitung des sowjetischen Einflusses allerdings langfristig erhebliche Grenzen. Eine wichtige Variable ist in diesem Zusammenhang auch die Politik der westlichen Staaten. Je mehr sie zu einer übertriebenen Verdammung und Isolierung sozialistischer Staaten und Bewegungen im südlichen Afrika neigt und um so weniger sie zu einem Abbau der Vorherrschaft weißer Minderheitsregime im südlichen Afrika beiträgt, desto mehr wird sich der sowjetische Einfluß im südlichen Afrika ausweiten.